

Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Arbeitspapier Nr. 19

Otto Holman

**Neoliberale Restrukturierung,
transnationale Wirtschaftsbeziehungen
und die Erweiterung der EU nach Mittel-
und Osteuropa**



Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Arbeitspapiere
der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Nr. 19

Otto Holman

**Neoliberale Restrukturierung,
transnationale Wirtschaftsbeziehungen
und die Erweiterung der EU nach Mittel-
und Osteuropa**

Marburg 1999

ISBN 3-8185-0293-5

Redaktionelle Bearbeitung: Patrick Dold

FEG am Institut für Politikwissenschaft

**Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der
Philipps-Universität Marburg**

Wilhelm-Röpke-Str. 6

35032 Marburg

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG.....	6
2. SÜD- UND OSTEUROPA IM VERGLEICH.....	9
3. THEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN.....	18
4. DIE DOPPELTE TRANSFORMATION UND DIE EINFLUßNAHME DER EUROPÄISCHEN UNION	28
4.1. <i>HANDEL: DAS JANUS-GESICHT DER EUROPÄISCHEN UNION.....</i>	<i>28</i>
4.2. <i>FINANZHILFE: SYMBOLISCHE UNTERSTÜTZUNG.....</i>	<i>30</i>
4.3. <i>INTEGRATION: AUF DEM WEG ZU EINEM DIFFERENZIIERTEN INTEGRATIONSMODUS.....</i>	<i>31</i>
5. EU-SOZIALPOLITIK, ERWEITERUNG UND DER EUROPEAN ROUND TABLE OF INDUSTRIALISTS: DER PRIMAT DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT.....	36
6. VORLÄUFIGE SCHLUßFOLGERUNGEN UND ANREGUNGEN FÜR DIE WEITERE FORSCHUNG.....	48
7. LITERATUR.....	51

1. Einleitung¹

Mehr als acht Jahre ist es her, daß die sanfte Revolution von 1989 in Mittel- und Osteuropa (MOE) auf beiden Seiten des ehemaligen „eisernen Vorhangs“ eine allgemeine Euphorie erzeugte. Gegenwärtig scheint nun ein Gefühl der Enttäuschung und/oder Apathie die Oberhand zu gewinnen. Die Enttäuschung gilt dem begrenzten Fortschritt in der politischen Demokratisierung und der sozialökonomischen Wohlfahrt in den meisten MOE-Ländern, ganz zu Schweigen von den Nachfolge-Staaten der ehemaligen Sowjetunion; die Apathie bezieht sich auf die Entwicklungen innerhalb des EU-Gebietes, auf die veränderte Stimmungslage der übergroßen Mehrheit der Bürger der Europäischen Union (EU). Doch nicht nur die Bürger, auch die politischen Entscheidungsträger der EU scheinen die anfängliche Rhetorik der Versprechungen gegen eine realistischere Methode ausgetauscht zu haben, die sich meistens selbst jenseits eines aufgeklärten Selbstinteresses bewegt. Im offiziellen Diskurs sind die Begriffe „Herausforderungen“ und „Möglichkeiten“ durch die Begriffe „Probleme“ und „Bedrohungen“ ersetzt worden.

In diesem Kontext muß man sich in der näheren Zukunft über die EU-Erweiterung einigen. Sicherlich ist die Feststellung nicht sehr gewagt, daß gegenwärtig praktisch niemand in der EU – d.h. auf der Ebene der Entscheidungsfindung – die Aufnahme der MOE-Länder in das Kerngebiet der kapitalistischen Produktion enthusiastisch begrüßt. Die Probleme, die mit der EU-Erweiterung verbunden sind, übertreffen eindeutig die kurzfristigen Vorteile. Die Erweiterung wird die soziale und politische Kohäsion innerhalb der EU weiter verringern und letztlich vielleicht sogar zur Desintegration führen. Doch zunächst sind auf dem Weg zur EU-Ausdehnung sowohl institutionelle Reformen als auch eine schmerzhafteste Restrukturierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie der Regional- und Kohäsionsfonds zu bewältigen. Sollte dies zutreffen, so stellt sich natürlich die Frage, warum die Entscheidungsträger der EU so hartnäckig auf die Aufnahme drängen, z.B. durch die Annahme der von der EU-Kommission ausgearbeiteten Agenda 2000 im Jahr 1997?

Der offiziellen Begründung zufolge wird die EU-Mitgliedschaft einen positiven Effekt auf die Sicherheit und Stabilität in Mittel- und Osteuropa haben. So wird durch sie in dieser Region der Prozeß der demokratischen Transformation vertieft und der Wohlstand gesteigert. Ähnliche Argumente werden in der Diskussion angeführt, wenn es um die Aufnahme von Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik in

¹ Otto Holman arbeitet am Institut für Politikwissenschaft, RECIPE (Research Centre for International Political Economy), der Fakultät für politische und sozialkulturelle Wissenschaften der Universität von Amsterdam. Bei diesem Text handelt es sich um die Übersetzung eines Papiers, das auf dem 40. Jahrestreffen der International Studies Association vom 16. bis zum 20. Februar 1999 in Washington D.C. präsentiert wurde. Eine erste Fassung wurde zuvor bereits im September auf der ECPR/ISA - Konferenz in Wien vorgestellt.

die NATO geht, die für den Frühling 1999 vorgesehen ist. Tatsächlich wird jede Entwicklung, die der Erweiterung der Atlantischen Allianz entgegensteht, als eine Bedrohung der europäischen Sicherheit interpretiert. Folgt man dem NATO-Generalsekretär Javier Solana², so „gibt es zur Öffnung der NATO und zur Erweiterung der EU keine Alternative.“ Frieden und Wohlstand können nur in einem geeinten und freien Europa realisiert werden. Allerdings, und hierin unterscheidet sich Solana von den Apologeten des Mainstreams, „(...) ist dem Rest Europas bereits während der letzten Jahre die interne Stabilität der NATO zugute gekommen. Die Aussicht auf eine mögliche Mitgliedschaft hat sich für die Kandidaten als Anreiz erwiesen, demokratische Institutionen zu entwickeln, die zivile Kontrolle über die Streitkräfte zu stärken, sich um gute Beziehungen zu den Nachbarländern zu bemühen und Konflikte zu beenden.“ (Solana 1997; vgl. auch *Financial Times*, 5. März 1997)

Diese Aussage ist weitaus konkreter und aufschlußreicher als die üblichen Verlautbarungen, die Sicherheit und Stabilität in Europa auf die NATO- und/oder EU-Erweiterung zurückführen³. Sie betont die disziplinierenden Effekte, die von der (anstehenden) internationalen Integration auf die Prozesse der gesellschaftlichen Entwicklung und Modernisierung in MOE einwirken. Implizit oder auch explizit wird hierbei nicht selten auf die positiven Effekte verwiesen, die die internationale Integration auf die vorherige Transformation in Südeuropa, insbesondere in Spanien gehabt hat. Im wesentlichen geht es in diesem Text darum aufzuzeigen, daß solche historische Parallelen zu irrtümlichen und mitunter gefährlichen Schlußfolgerungen führen können, vor allem wenn sie versuchen, die zukünftige Stabilität und Sicherheit in MOE vorherzusagen.

In den folgenden zwei Abschnitten wird die Transition in Südeuropa (in den 70er und 80er Jahren) mit der doppelten Transformation – d.h. dem Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft und von der autoritären Herrschaft zur parlamentarischen Demokratie – in MOE verglichen. Zunächst geht es um einige auffällige Unterschiede zwischen beiden Regionen, genauer: zwischen Spanien auf der einen und Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn auf der anderen Seite. Im dritten Abschnitt wird der Vergleich dann aus einer stärker theoretischen Perspektive ver-

² Solana war in den 70er Jahren übrigens einer der führenden Vertreter der Deradikalisierung der Sozialistischen Partei Spaniens (PSOE), danach Mitglied der sozialistischen Regierungen von 1982 bis 1996 (zuletzt als Außenminister); hierbei erwies er sich als glühender Anhänger einer spanischen NATO- und EU Mitgliedschaft, was ihn auch zu einem der Architekten der transnationalen Einbettung Spaniens in die heraufziehende Konfiguration einer europäischen Zivilgesellschaft machte; zur Analyse des sogenannten sozialistischen Jahrzehnts in Spanien vgl. Holman 1996.

³ Für gewöhnlich wird die Verknüpfung von Sicherheit und NATO-Mitgliedschaft z.B. eher unterstellt als sorgfältig erörtert. Sicherheit und Stabilität wird insofern implizit mit internationaler Sicherheit und Stabilität gleichgesetzt, als davon ausgegangen wird, daß die NATO-Mitgliedschaft gute nachbarschaftliche Beziehungen stärken und aufrechterhalten und mit dazu beitragen wird, zukünftige Konflikte zwischen Mitgliedstaaten friedlich beizulegen. In diesem Papier wird dargelegt, daß Unsicherheit und Instabilität in der MOE-Region in erster Linie einer internen/gesellschaftlichen Stagnation geschuldet sind, sowohl was die politische als auch was die ökonomische Transformation anbetrifft.

tieft. Es wird dabei ausgeführt, daß eine einfache Extrapolation der spanischen Erfahrungen – die volle Aufnahme Spaniens in das Lock'sche Kerngebiet der transnationalen Produktion war ein wesentlicher Faktor für den reibungslosen Übergang von der Diktatur zu einer (gefestigten) parlamentarischen Demokratie⁴ – aus zwei Gründen irreführend ist: zum einen unterscheiden sich die gesellschaftlichen, zum anderen aber auch die internationalen/europäischen Bedingungen, unter denen die einzelnen MOE-Länder ihre politische und ökonomische Transformation in Angriff nehmen, sehr grundsätzlich von jenem Kontext, in dem die spanische Transition stattfand. In der Konsequenz – d.h. der grundsätzlichen gesellschaftlichen und internationalen Unterschiede, die erkennbar werden, wenn die Art und Weise, in der die jeweiligen Länder der zwei Regionen in das europäische Kerngebiet der transnationalen Produktion mit einbezogen werden – ist es relativ gefährlich, die positiven Aspekte, die die zukünftige Integration in die EU für die doppelte Transformation in MOE haben soll, als selbstverständlich zu betrachten. Möglicherweise werden die Stabilität und Sicherheit in den nächsten Jahren eher in die entgegengesetzte Richtung beeinflusst. Zum Teil ist dies dem unterschiedlichen internationalen und europäischen Kontext geschuldet, in dem sich die Entwicklungen in MOE vollziehen. Dies wird z.B. durch die Art und Weise belegt, in der die EU auf die sog. „Möglichkeiten“ in MOE reagiert hat. Anstatt die doppelte Transformation in MOE durch eine umfassende Strategie zu unterstützen, scheint die EU eher daran interessiert, die transnationalen Wirtschaftsinteressen im Hinblick auf die sog. aufstrebenden Märkte in MOE zu verbessern und/oder zu verteidigen. Der vierte Abschnitt befaßt sich mit der Rolle der Europäischen Union im Prozeß der doppelten Transformation. Hierzu werden die Entwicklung der Handelsbeziehungen, der finanziellen Unterstützungsleistungen und die Strategie der Annäherung analysiert. Im fünften Abschnitt wird dann der Versuch gemacht, den Gehalt dieser Strategie – insbesondere den Druck zur Marktöffnung in MOE – zu erklären, indem das Agenda-Setting der großen europäischen Geschäftswelt, wie sie im European Round Table of Industrialists organisiert ist, näher in den Blick genommen wird. Zum Abschluß unterbreitet dieses Papier einige vorläufige Schlußfolgerungen und Vorschläge für die weitere Forschung (sechster Abschnitt).

⁴ Zum Verständnis des Lock'schen Kerngebiets vgl. Fußnote 8.

2. Süd- und Osteuropa im Vergleich

Wie bereits angedeutet, scheint auf beiden Seiten der früheren Trennlinie des Kalten Kriegs eine Stimmung der Enttäuschung und/oder Apathie vorzuherrschen. In gewisser Weise scheint sich diesbezüglich die europäische Geschichte zu wiederholen. Anfänglich wurde die Krise der Diktaturen in Südeuropa von einer – im Rückblick – eher naiven, aber unerschütterlichen Zuversicht begleitet, die befreiten Gesellschaften ohne Zwänge neu gestalten zu können. In weniger als fünf Jahren wandelte sich diese Zuversicht in die menschlichen Fähigkeiten jedoch entweder in eine realistischere Wahrnehmung der strukturellen Zwänge, mit denen die neuen Herrscher konfrontiert waren, oder aber in eine Sehnsucht nach vergangenen Zeiten.⁵

Eine andere historische Parallele kann darin gesehen werden, daß die neuen demokratischen Herrscher in Südeuropa schon kurz nach Beginn der Transition in den Jahren 1974-75 eine explizite Verknüpfung herstellten zwischen den Zielen der politischen Stabilität, Wohlfahrtssteigerung und sozial-ökonomischer Konvergenz auf der einen und der Vollmitgliedschaft in den damaligen Europäischen Gemeinschaften auf der anderen Seite. Die Unterzeichnung der Beitrittsverträge mit Spanien und Portugal verzögerte sich allerdings aufgrund zweier fortbestehender Probleme: der gemeinsamen Agrarpolitik und dem Gemeinschaftshaushalt. Unverkennbar handelt es sich hierbei um zwei Probleme, die auch in der Diskussion über die zukünftige Erweiterung der EU nach MOE noch immer von zentraler Bedeutung sind.

Wie heute in bezug auf die Entwicklung in MOE, so war bereits damals, in den 70er und 80er Jahren, die Rolle Deutschlands von entscheidender Bedeutung; sowohl was die externe Unterstützung des strukturellen Wandels im politischen und ökonomischen Bereich als auch den erfolgreichen Abschluß der Beitrittsverhandlungen anbetrifft. Die Rolle, die die (west)deutschen politischen Parteien und andere Interessenorganisationen – einschließlich die großen Konzerne – in der Stabilisierung der parlamentarischen Demokratie in Spanien und Portugal gespielt haben, ist bis heute ein wenig erforschter Gegenstand. In ähnlicher Weise, dürfte der deutsche Einfluß in MOE, sowohl auf der Ebene zivilgesellschaftlicher Interaktionen als auch was die bilaterale finanzielle Unterstützung (vgl. weiter unten Abschnitt 4.2.), Außenhandel

⁵ Vgl. de la Cuadra und Gallego-Díaz (1981: 203ff). Schon bald nach Beginn der doppelten Transformation ist eine ähnliche Desillusionierung in Polen und Ungarn zu beobachten. Einer Umfrage zufolge, die 1993 unter anderem in diesen Ländern durchgeführt wurde, war eine Mehrheit der polnischen und ungarischen Bevölkerung unzufrieden mit der Entwicklung der Demokratie und der Meinung, daß die Situation unter dem vorherigen kommunistischen Regime besser als gegenwärtig gewesen sei. Auf die Frage „Denken Sie, daß sich die Dinge in unserem Land im allgemeinen in die richtige oder falsche Richtung entwickeln?“ antworteten 27 Prozent der Polen und 20 Prozent der Ungarn mit „in die richtige Richtung“, für 56 Prozent bzw. 67 Prozent der Bevölkerung lief es jedoch „in die falsche Richtung“. Vgl. *Central and East European Barometer*, No. 3, 1994.

und ausländische Direktinvestitionen anbetrifft, kaum zu überschätzen sein. So haben z.B. die Unternehmen der EU-Mitgliedstaaten, laut Eurostat-Statistiken, zwischen 1992 und 1994 in den MOE-Ländern über 8,2 Mrd. ECU investiert. Der Löwenanteil dieser Summe floß nach Polen, in die Tschechische Republik und nach Ungarn; 42 Prozent dieser ausländischen Direktinvestitionen stammen dabei aus Deutschland (3,5 Mrd.). An zweiter Stelle der ausländischen Investitionen in MOE liegt Österreich mit 20 Prozent (wodurch dieses Land, relativ betrachtet, das deutsche Engagement noch übersteigt), danach folgen die Niederlande (13 Prozent) und Frankreich (7 Prozent) (*de Volkskrant*, 22. Oktober 1996). In den letzten paar Jahren sind – absolut betrachtet – die deutschen Konzerne die mit Abstand wichtigsten Investoren in dieser Region geblieben.

Diese Ähnlichkeiten können allerdings nicht verschleiern, daß sich die Geschichte nur bis zu einem gewissen Grad und niemals genau auf die gleiche Art und Weise wiederholt. Die Unterschiede zwischen den beiden Regionen – und zwischen den Prozessen des strukturellen Wandels – sind daher ebenfalls von größter Bedeutung. Grundsätzlich lassen sich zwischen Südeuropa und MOE zwei Typen von Unterschieden auseinander halten: zum einen spezielle nationale oder regionale, historisch bestimmte Differenzen und zum anderen Unterschiede, die sich aus dem veränderten internationalen Kontext und Zeitrahmen ergeben, innerhalb dessen sich die Prozesse des strukturellen Wandels (d.h. die Kombination von nationaler Modernisierung und internationaler Integration) vollzogen haben bzw. heute vollziehen.

Einer der auffälligsten strukturellen Unterschiede zwischen Spanien (und Portugal) auf der einen und den zentraleuropäischen Ländern (Polen, die Tschechische Republik und Ungarn) auf der anderen Seite ergibt sich natürlich aus dem Sachverhalt, daß sich die formale Transition von der autoritären Herrschaft zur parlamentarischen Demokratie auf der Grundlage verschiedener sozial-ökonomischer Systeme vollzog. Ohne Zweifel hatte der spanische Staat für die ökonomische Entwicklung während der letzten hundert Jahre eine zentrale Rolle übernommen. Er errichtete nicht nur den rechtlichen Rahmen für eine nach außen geschützte private Kapitalakkumulation (d.h. die Hinwendung zu einem ökonomischen Nationalismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts). Der Staat war auch aktiv in den Prozeß der Industrialisierung involviert, indem er staatliche Monopole schuf, den privaten Sektor in der Industrieförderung umging (so z.B. in der autarken Phase der franquistischen Diktatur über das Instituto Nacional de Industria) oder, vor allem im Verlauf der 60er und 70er Jahre, indem er die privaten Verluste im Industrie- und Bankensektor sozialisierte.

Doch nicht nur diese staatsinterventionistischen Praktiken, auch die autoritäre Lösung der „sozialen Frage“, die „Ausrichtung“ der spanischen Gesellschaft auf eine

Hobbes'sche Staatskonfiguration⁶ und das korporatistische staatliche System der Interessenvermittlung zur Zeit der franquistischen Diktator schufen die Voraussetzungen für eine beschleunigte, relativ stabile kapitalistische Entwicklung bis in die 60er Jahre hinein. Kurzum, die Intervention des Staates in die Ökonomie und den sozio-politischen Bereich war keineswegs bedeutungslos, sie erfolgte in erster Linie jedoch, um in Spanien die nachhaltige Entwicklung der kapitalistischen Kräfte zu gewährleisten.

Die Entwicklung des spanischen Bankwesens zwischen seiner Entstehung im Gefolge der frühen Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und den Fusionen der größten privaten Banken gegen Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre ist nicht nur ein Ausdruck, sondern auch ein zentraler Faktor für das generelle Muster der sozialen und politischen Modernisierung der spanischen Gesellschaft. Ursprünglich als halbstaatliche Banken gegründet und während der nachfolgenden Phasen der Konzentration weiter gestärkt worden, spielten die größten privaten Banken im Verlauf des 20. Jahrhunderts eine herausragende Rolle in der langfristigen Transformation des Landes von einer vorindustriellen Gesellschaft in eine moderne Massenkonsumgesellschaft. Vor allem das Bankgesetz von 1921, das unter anderem die weitere Expansion ausländischer Banken behinderte und die Vorherrschaft des spanischen Finanzwesens errichtete, wie auch die Periode des *Status quo* zwischen 1936 und 1962, die für die stärksten privaten Banken von Vorteil war, führte zur Konzentration der ökonomischen Macht in den Händen weniger großer Bank-Konsortien und den alles durchdringenden Einfluß einer „Finanz-Oligarchie“, deren Fangarme über Kapitalbeteiligungen, Direktorenposten und Kredite in den industriellen Sektor hineinreichten.

Mit anderen Worten: Als das franquistische Regime sich mit dem Stabilisierungsplan von 1959 für eine ökonomische Liberalisierung entschied, existierte bereits eine genuine nationale, mit dem Staatsapparat eng verflochtene Bourgeoisie. Das ausländische Kapital war für die Modernisierung und Industrialisierung der spanischen Ökonomie von entscheidender Bedeutung, ohne allerdings gegenüber der nationalen Bourgeoisie (insbesondere gegenüber dem spanischen Bankkapital) eine dominante Position einzunehmen oder auf das franquistische Regime direkten politischen Einfluß auszuüben. Die Internationalisierung der spanischen Ökonomie zwischen 1960 und 1970 (einschließlich des Einflusses ausländischer Direktinvestitionen, der Abhängigkeit von ausländischen Technologien und des zunehmenden Außenhandelsanteils am BIP) war maßgeblich für die Förderung der industriellen Entwicklung. Die Öffnung gegenüber dem Weltmarkt war zugleich aber auch auf die interne Dynamik der spanischen Ökonomie zurückzuführen und vollzog sich durchaus im Interesse der nationalen Bourgeoisie; sie war keineswegs das

⁶ Zur Bedeutung des Hobbes'schen Staates siehe Fußnote 8.

Ergebnis eines einseitigen Drucks von seiten des ausländischen Kapitals. Obwohl das Eingreifen des ausländischen Kapitals durch das autoritäre Regime angeregt wurde, gefährdete dies doch niemals die politische Unabhängigkeit. Dies markiert offenbar einen fundamentalen Unterschied zu den Ländern in MOE. Der Unterschied besteht nicht so sehr darin, daß diese Länder vor 1989 nicht in die Weltökonomie eingebunden waren. Dies war, insbesondere über die Mechanismen der Auslandsverschuldung, durchaus der Fall. Die Differenz zu Südeuropa ergibt sich – in gewissem Maße immer noch – aus der besonderen *Art und Weise* der Einbindung.

Die bisherigen Ausführungen haben deutlich gemacht, daß die Länder in MOE im Jahr 1989 den Prozeß der Transformation von einem vollkommen anderen Ausgangspunkt in Angriff genommen haben: So gingen der Revolution von 1989 längere Perioden der ökonomischen Stagnation voraus. Zudem hatten die Ökonomien in MOE im allgemeinen keine Erfahrung mit ausländischen Direktinvestitionen. Ferner existierte in den meisten MOE-Ländern keine bürgerliche Gesellschaft; noch nicht einmal in rudimentären Ansätzen, was auch in der Abwesenheit einer nationalen Bourgeoisie zum Ausdruck kam. Anstelle einer Sozialstruktur, die durch die wachsende Bedeutung der sog. „neuen Mittelklasse“ (die sich im Fall Spaniens in den 60er Jahren im Gefolge der kapitalistischen Entwicklung und gesellschaftlichen Modernisierung herausgebildet hatte) gekennzeichnet ist, müssen die neuen Demokratien in MOE mit der Erbschaft der kommunistischen Regimes in Gestalt der sog. *Nomenklatura* fertig werden. Und schließlich bilden die *Planwirtschaften*, die sich in der Periode zuvor herausgebildet haben, einen gänzlich anderen Ausgangspunkt als die liberalisierten – und bis zu einem gewissen Grad internationalisierten – *mixed economies* in Südeuropa.

Um die grundlegenden Unterschiede zu Spanien am Beginn der demokratischen Transition zu illustrieren, ist es hilfreich, zwei besondere Kennzeichen der doppelten Transformation in MOE zu beleuchten: die Rolle von internationalen Organisationen und von ausländischen Investoren in der unmittelbaren Folge der Revolutionen von 1989. Ein zentraler Grund für den schrittweisen Niedergang der kommunistischen Regimes ist zunächst in der langen Periode der ökonomischen Stagnation und der damit einhergehenden Einbindung in die internationale Kreditökonomie zu sehen. Die gewaltige Auslandsverschuldung, mit der die neuen Herrscher bereits unmittelbar nach der Machtübernahme konfrontiert waren, beschränkte deutlich ihre wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten. Bis heute wird das Tempo und die Art und Weise, in der die drei Dimensionen der ökonomischen Transformation – d.h. die makroökonomische Stabilisierung sowie die interne und externe Liberalisierung und Privatisierung – in den einzelnen Ländern in MOE bewältigt werden, weitgehend durch die politischen Empfehlungen der Weltbank und des IWF bestimmt. Der deutlichste Beweis hierfür ist Polen, wo sich die Schocktherapie des Balcerowicz-Plans von 1989-90, veranlaßt durch die Auslandsverschuldung, aus der Unterwerfung der

ersten demokratischen Regierung unter die Anordnungen des IWF ergab. Jüngere Beispiele sind der in Ungarn von einer sozialistisch geführten Regierung vorgelegte Sparhaushalt von 1997, der ganz auf der Linie einer Zusatzvereinbarung mit dem IWF liegt, und das strenge ökonomische Reformprogramm, das der rumänische Ministerpräsident Victor Ciorbea schon kurz nach seiner Machtübernahme angekündigt hat (in diesem Zusammenhang bediente er sich Churchills berühmter Aussicht auf „Blut, harter Arbeit, Tränen und Schweiß“) (vgl. hierzu *Financial Times*, 27. September 1997 und *Financial Times*, 21. Februar 1997).

Die Beschränkung der nationalen Regierungen in MOE durch die internationalen Organisationen hat einen unverkennbaren Einfluß auf die Sozialpolitik, oder allgemeiner gesprochen, auf die soziale Kohäsion in diesen Ländern. In einer kürzlich erschienen Untersuchung unterscheidet Attila Agh (1998: 56-57) drei zentrale Aspekte der von ihm so bezeichneten „neuen sozialen Krise“ in Mittel- und Osteuropa (MOE):

- eine drastische Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen (sinkende Reallöhne, steigende Arbeitslosigkeit, eine abnehmende Lebenserwartung, Armut unterhalb des Subsistenzniveaus und – so mag man hinzufügen – ein dramatischer Anstieg des organisierten Verbrechens);
- eine soziale Polarisierung, d.h. ein wachsender Abstand zwischen den Gewinnern und Verlierern der doppelten Transformation;
- und die psychische Krise, die sich aus dem schnellen ökonomischen und sozialen Wandel ergibt.

Laut Weltbank ist jedoch „eine größere Disparität von Löhnen, Einkommen und Wohlstand – bis zu einem bestimmten Punkt – ein notwendiger Bestandteil der Transformation, da die Löhne, erst wenn sie dem Marktmechanismus überantwortet werden, Leistungsanreize schaffen, die für eine erfolgreiche Reform nun mal notwendig sind. Die leistungsfähigeren Arbeiter müssen für ihren Beitrag zum Wachstum belohnt werden. Sicherlich kann die steigende Ungleichheit dabei kurzfristig die Armut in die Höhe treiben, da einige Menschen (...) unausweichlich mehr als andere profitieren. Jedoch werden die ‚Verlierer‘ nicht zwangsläufig in die Armut gedrängt; dies wird letztlich davon abhängen, ob die Ökonomie wächst (...) und die Regierungen das soziale Sicherheitsnetz restrukturieren, um eine wirksame Armutsbekämpfung zu gewähren (World Bank 1996: 66).

Das Problem besteht nun jedoch darin, daß die internationalen Organisationen wie die Weltbank alles tun, um die Regierungen davon abzuhalten, das soziale Sicherheitsnetz zum Zweck einer wirksamen Armutsbekämpfung zu restrukturieren. In dieser Hinsicht sind die Erfahrungen in Ungarn höchst aufschlußreich.

Doch hiervon einmal abgesehen, unterbreitet die Weltbank eine eher begrenzte Lösung der „sozialen Krise“. Der Schlüssel für die Eindämmung und Verringerung der Armut und einer Stärkung der sozialen Kohäsion wird in einem neuen Wachstumsschub gesehen. Wenn wir auf der anderen Seite aber akzeptieren, daß „die soziale Kohäsion auch durch die politische Zumutbarkeit der bestehenden und erwarteten ökonomischen und sozialen Disparität, wie auch der Mittel, die zu ihrer Bearbeitung zur Verfügung stehen, beeinflußt wird“ (Mayes 1995), so legt dies eine stärkere Bedeutung von dynamischen und subjektiven Faktoren nahe. Im Laufe der Zeit können nämlich konstante oder sogar verringerte Disparitäten als nicht mehr zumutbar erscheinen, während anwachsende Disparitäten manchmal toleriert werden, wenn entsprechende Anstrengungen unternommen werden, diese zu lindern, oder wenn sich das absolute Einkommensniveau erhöht.

Auf jeden Fall dürfte deutlich geworden sein, daß sich die Beziehungen zwischen der ökonomischen Modernisierung und internationalen Integration auf der einen und der sozialen Kohäsion auf der anderen Seite wechselseitig aufeinander einwirken: Die Modernisierung und Integration kann nicht nur zu mehr oder weniger sozialer Kohäsion führen, eine geringere oder stärkere Kohäsion beeinflußt selbst auch maßgeblich die öffentliche Unterstützung für die „doppelte Transformation“ und europäische Integration.

Ein anderes Merkmal der doppelten Transformation in MOE ist die Dominanz des ausländischen Kapitals im Prozeß der ökonomischen Restrukturierung. Durch die unglückselige Kombination des externen Drucks, die Privatisierung zu beschleunigen, und die strukturelle Knappheit an inländischem Kapital, wurde eine Situation herbeigeführt, in der sich die jeweiligen Regierungen dazu gezwungen sahen, die „Diamanten“ des staatlichen Besitzes an private Investoren aus dem Ausland zu verkaufen.

Auch hier bildet Ungarn ein sehr treffendes Beispiel. Im Unterschied zu den Programmen der Massenprivatisierung über die Ausgabe von Gutscheinen in der Tschechischen Republik, setzte Ungarn strategisch darauf, wichtige Investoren aus dem Ausland zu gewinnen. Allein 1995 – einem Spitzenjahr, was die Privatisierung anbetrifft – beliefen sich die Erlöse auf etwas unter 3 Mrd. ECU (vgl. NRC *Handelsblad*, 9. Januar 1996). Besonders aufsehenerregend waren der Verkauf und die Übernahme des ungarischen Telekommunikationsunternehmens Matav durch die Deutsche Telekom und Ameritech sowie der Verkauf der größten Finanzunternehmen an ausländische Banken (die Budapest Bank an GE Capital, OTP an institutionelle Investoren aus dem Ausland, MKB an die Bayerische Landesbank, MHB an ABN Amro).⁷ Ein anderes Beispiel ist der Verkauf der Mehrheit ungarischer Versor-

⁷ Folgt man dem Ökonomen Andras Inotai, der Mitglied der Ungarischen Wissenschaftsakademie und Vorsitzender einer vom Ministerpräsidenten eingesetzten Arbeitsgruppe zur Europäischen Integration ist, so

gungsbetriebe an deutsche, französische, italienische und belgische Versorgungsbetriebe für insgesamt über zwei Mrd. Dollar. Die Horn-Regierung hat unter anderem versprochen, die Energiepreise kräftig zu erhöhen. Danach hat ein anhaltender Konflikt zwischen der Regierung und den ausländischen Unternehmen – die Regierung war aus sozialen Gründen nicht gewillt die Preise zu erhöhen und die ausländischen Versorgungsbetriebe verlangten zur Finanzierung von Modernisierungsmaßnahmen zweistellige Preissteigerungen – im Jahr 1996 zum Rücktritt von zwei Industrieministern geführt (vgl. *Financial Times*, 16. August 1996).

Ein anderer Konflikt, der sich aus der Privatisierungswelle in Ungarn ergab, betraf die Verwendung der durch die Privatisierung erzielten Einnahmen. In ihm standen sich das Finanzministerium und die Zentralbank auf der einen und Tamas Suchman, der ehemalige Privatisierungs- und Industrieminister, der dem linken Parteiflügel zuzurechnen ist, auf der anderen Seite gegenüber. Während der Finanzminister Lajos Bokros die Zurückzahlung der Auslandsschulden befürwortete, drängte Suchman auf die Finanzierung von Entwicklungsprojekten zur Wiederbelebung der Ökonomie (vgl. *Financial Times*, 12. Januar 1996). Die Tatsache, daß Ungarn seine Netto-Auslandsschulden von 22 auf 13,2 Mrd. Dollar reduziert hat, ist nur ein weiterer Hinweis darauf, daß die Machtverhältnisse innerhalb der Horn-Regierung jene Kräfte begünstigen, die eine neoliberale Anpassung und Austeritätspolitik befürworten.

Neben diesen historischen Unterschieden zwischen Südeuropa und MOE bezieht sich eine weitere wichtige Differenz auf den internationalen Kontext und den Zeitrahmen, in dem die doppelte Transformation in Gang gesetzt wurde. In diesem Zusammenhang ist es notwendig die von einigen als „Weltzeit“ bezeichneten Dynamiken hervorzuheben. Anthony Giddens meint hiermit (so W. Eberhard), „daß eine anscheinend ähnliche Abfolge von Ereignissen oder formell ähnlichen Prozessen in verschiedenen Phasen der Weltentwicklung durchaus andersartige Implikationen oder Konsequenzen haben kann.“ (Giddens 1981: 167). So gesehen treffen die Transformationsprozesse in MOE mit einer Phase der Herausbildung globaler und europäischer Strukturen zusammen, die sich von den Strukturen, die vor zwanzig Jahren bestanden, fundamental unterscheiden. Die charakteristischen Merkmale dieser „neuen“ Phase lassen sich folgendermaßen auseinander halten:

- In erster Linie ist mit den Revolutionen in MOE und dem nachfolgenden Zusammenbruch der Sowjetunion das Ende des Kalten Krieges besiegelt worden. Diese Ereignisse bilden den Höhepunkt eines zuvor eingeleiteten Wandels von der bi-

werden über 70 Prozent der industriell erzeugten ungarischen Exportgüter von Firmen hergestellt, die teilweise oder ganz in ausländischem Besitz sind. Für ihn unterstützt die Anwesenheit so vieler multinationaler Unternehmen in Ungarn die Anstrengungen, der EU beizutreten: „Viele westliche Unternehmen produzieren hier bereits unter EU-Standard und bilden unsere Leute dementsprechend aus. Wir hoffen natürlich, daß sie sich für Ungarn in Brüssel einsetzen werden. Ihre Aktivitäten sind weitaus effektiver als alles andere, was die Regierung „von oben“ bewirken kann.“ vgl. *Financial Times* (Überblick über Ungarn), 16. Dezember 1996.

polaren Weltordnung zu einer multipolaren Konstellation, in der sich der Kampf um Einflußsphären – an dem sich mehrere Akteure auf eine weniger strukturierte Art und Weise beteiligten – seines ideologischen Gehalts weitgehend entledigt hat. Für die Länder MOE ergeben sich hieraus vor allem zwei Konsequenzen. Zum einen müssen sie ihre erst kürzlich erlangte Souveränität mit dem Erfordernis in Übereinstimmung bringen, gutnachbarschaftliche Beziehungen zu den übrigen Ländern MOE zu etablieren (das Prinzip gutnachbarschaftlicher Beziehungen bildet eine Voraussetzung für die EU-Mitgliedschaft) und diese gegenüber der potentiellen Gefahr – ob nun real oder imaginär –, die von der instabilen Situation in der russischen Föderation ausgeht, in Schutz nehmen. Zum anderen sind sie mit einer Europäischen Union konfrontiert, die selbst in der Folge der 89er Revolutionen intern gespalten ist; sowohl in bezug auf den eigenen Vertiefungsprozeß als auch hinsichtlich des Tempos (und die Art und Weise), mit dem die Annäherung der MOE-Länder vorangetrieben wird.

- In zweiter Linie haben die Ambitionen der MOE-Länder, sobald wie möglich ein gleichberechtigtes Mitgliedsland der EU zu werden, durch die Übereinkünfte von Maastricht, vor allem durch die Beschleunigung des europäischen Integrationsprozesses, einen Dämpfer erhalten. Zweifelsohne bildet die an Bedingungen gekoppelte Verknüpfung von Vertiefung und Erweiterung kein neues Phänomen in der Geschichte der EU. Die tatsächliche Lücke, die zwischen den Erfordernissen der EWU-Teilnahme auf der einen und der ökonomischen Kapazität und Leistungsfähigkeit der MOE-Mitgliedschaftskandidaten auf der anderen Seite, ist bislang jedoch beispiellos.
- In dritter Linie überschneidet sich die doppelte Transformation in MOE mit einer (ebenfalls) beispiellosen Liberalisierung und Globalisierung der ökonomischen Strukturen. Mit dieser Entwicklung gehen unter anderem ein tiefgreifender Restrukturierungs-Wettkampf zwischen den nationalen und transnationalen Unternehmen und eine ungezügelter Politik-Konkurrenz zwischen nationalen (aber auch regionalen/lokalen) Regierungen einher, was einzig und allein darauf hinausläuft, das makroökonomische Umfeld für die transnationale Wirtschaft zu optimieren. In Westeuropa mündeten diese sog. Internationalisierung der Austeritätspolitik (vgl. Holman 1992) und die Programme der Arbeitsmarktflexibilisierung zu einer partiellen Demontage der sozialen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements. In ähnlicher Form sind nun auch die neuen Machthaber in MOE den disziplinierenden Effekten der globalen Finanzmärkte und der Mobilität der transnationalen Wirtschaft ausgesetzt. Eine strenge Auflagen- und Anpassungspolitik ist mit der Konstruktion eines sozialen Sicherheitsnetzes, das große Teile der Bevölkerung auffängt, nicht zu vereinbaren.

In der Einleitung dieses Papiers wurden die Disziplinierungseffekte erwähnt, die von der (erwarteten) internationalen Integration auf die Prozesse der nationalen Entwicklung und Modernisierung ausstrahlen. Nicht zuletzt die Mehrheit der Politiker und Wissenschaftler in Westeuropa ist überzeugt davon – für sie ist es geradezu selbstverständlich –, daß die Perspektive der EU-Mitgliedschaft einen wichtigen Anreiz für die ökonomische und politische Modernisierung in MOE darstellt. Einige Sozialwissenschaftler legen sogar nahe, daß die EU für die Stabilität und Sicherheit in Zentraleuropa die fundamentalen Voraussetzungen bereitstellt. In einem frühen, in der Zeitschrift *Social Research* veröffentlichten Artikel sagte z.B. Claus Offe:

„Der einzige Umstand, in dem Marktwirtschaft und Demokratie gleichzeitig eingeführt werden und gedeihen können, ist dann gegeben, wenn beide einer Gesellschaft von außen auferlegt werden und durch internationale Abhängigkeitsverhältnisse und Formen der Überwachung über einen längeren Zeitraum sichergestellt werden“ (Offe 1991: 874).

Doch dies ist nur die eine Seite der Geschichte. Tatsächlich haben wir es hier insofern mit einem wechselseitigen Verhältnis zu tun, als sich die historischen Voraussetzungen der nationalen Modernisierung wiederum auf die Art und Weise auswirken, in der die Einbeziehung in die internationalen ökonomischen und politischen Strukturen ausgestaltet wird. In dieser Hinsicht ist der oben angestellte Vergleich zwischen den früheren Entwicklungen in Südeuropa auf der einen und der doppelten Transformation in MOE auf der anderen Seite sinnvoll.

Im nächsten Abschnitt wird die vergleichende Analyse auf einer stärker theoretischen Ebene fortgeführt. Von besonderer Bedeutung sind dabei die sozio-politischen und ökonomischen Strukturen am Beginn der doppelten Transformation in MOE. Im nachfolgenden wird aufgezeigt, daß die Ursachen für die abhängige Art und Weise, in der diese Länder in das europäische Kerngebiet der transnationalen Produktion mit einbezogen werden, im Nichtvorhandensein einer sich selbst reproduzierenden Zivilgesellschaft, insbesondere in einer fehlenden nationalen Bourgeoisie und einem Mangel an kapitalistischen Herrschaftsformen, zu sehen sind. Im vierten Abschnitt befassen wir uns dann mit der Strategie, die die EU bislang entwickelt hat, um die Aufnahme der MOE-Länder zu ermöglichen. Der Prozeß der neoliberalen Restrukturierung, der sich in den Mitgliedstaaten der EU seit den späten 80er Jahren vollzieht, korrespondiert dabei offensichtlich mit einer Strategie, über die die Abhängigkeit jener Länder – Tschechische Republik, Polen und Ungarn –, die in die EU integriert werden sollen, festgeschrieben wird. Auch hier ist ein Vergleich mit der EU-Erweiterung nach Südeuropa sinnvoll. Denn theoretisch betrachtet sollte sich die EU, nicht zuletzt um den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen Rechnung zu tragen, vor allem auf die sozio-politische Modernisierung in MOE konzentrieren. Doch hiervon ist in der Praxis weit und breit nichts zu sehen. Im Gegenteil, bislang scheint es eher so,

daß sich die EU tatsächlich kaum darum bemüht, die soziale Kohäsion in MOE zu verbessern und eine reale ökonomische Konvergenz zwischen MOE und der derzeitigen EU herbeizuführen. Diese Strategie der „gütigen Vernachlässigung“, die darauf vertraut, daß im Kontext eines disziplinierenden Neoliberalismus die Entfesselung der Marktkräfte ausreicht, wird vermutlich weniger und nicht mehr Stabilität in MOE bewirken.

3. Theoretische Überlegungen

Die Analyse der internationalen Beziehungen nach dem Endes des Kalten Kriegs thematisiert vor allem den internationalen Kontext, in dem sich der Regime-Übergang von einer autoritären Herrschaft zur parlamentarischen Demokratie vollzieht. Die Renaissance politischer und wirtschaftsliberaler Werte in den 80er und 90er Jahren, die in der „neuen großen Transformation“ in Mittel- und Osteuropa nur in einer besonderen Form zum Ausdruck gebracht werden (vgl. Bryant/Mookrycki 1994), verweisen zum einen auf den globalen Charakter dieses Prozesses, zum anderen aber auch auf die unentwirrbare Beziehung der strukturellen ökonomischen und politischen Umbrüche. Die Krise des keynesianischen Wohlfahrtsstaats in Westeuropa und der Zusammenbruch des bevormundenden Staates in Mittel- und Osteuropa (vgl. Bauman 1994) kann tiefgründiger analysiert werden, wenn aus der Perspektive einer globalen politischen Ökonomie – neben den Umbrüchen in der Produktion und in den Machtverhältnissen – auch die veränderten Strukturen der Weltordnung berücksichtigt werden. Denn tatsächlich bilden beide Phänomene konstitutive Elemente eines umfassenden Prozesses der globalen Restrukturierung, der nach dem Niedergang der amerikanischen Nachkriegs-Hegemonie und des Auseinanderbrechens der Sowjetherrschaft in den letzten zwei Jahrzehnten die Regime-Transformation in verschiedenen Regionen des Weltsystems vorangetrieben hat. Die unterschiedlichen Auswirkungen der transformativen Prozesse in den einzelnen Ländern und Regionen können ebenso wie die hierdurch stimulierten integrativen oder desintegrativen Kräfte nur über die besondere Form der (Wieder-)einbindung in die globale politischen Ökonomie angemessen verstanden werden.

Die Entwicklungen in Südeuropa standen während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ganz im Zeichen der eng miteinander verbundenen Prozesse der Modernisierung und Westorientierung. Über diese beiden Prozesse wird es möglich, die südeuropäischen Länder untereinander, aber auch mit anderen Ländergruppen, nicht zuletzt mit den neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa, zu vergleichen.

Der Begriff der *Modernisierung* bezieht sich auf die Prozesse einer relativ autonomen ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung im Kontext einer modernen europäischen Staatswerdung. Gegenwärtig wird die Gestalt und der Inhalt des Modernisierungsprozesses vor allem durch historisch determinierte, nationale Faktoren geprägt. Modernisierung meint aber auch die langfristige Übernahme von ökonomischen und politischen Strukturen, die sich zunächst in England nach der glorreichen Revolution von 1688 herausgebildet haben und sich dann, nach der französischen Revolution, auf dem europäischen Kontinent über die Prozesse einer hobbesianischen Staatsbildung verallgemeinert haben. In diesem Zusammenhang lohnt es sich, sich jener vier Elemente zu erinnern, die Gramsci zugrunde legte, als er die histori-

schen Beziehungen zwischen dem modernen französischen Staat, der in der Revolution entstand, und den anderen modernen Staaten des europäischen Kontinents untersuchte (vgl. Gramsci 1971: 114/115):

1. an den Ausbruch der Revolution in Frankreich;
2. an die europäische Opposition gegenüber der französischen Revolution und deren grenzüberschreitende Ausbreitung;
3. an den Krieg zwischen dem republikanischen und napoleonischen Frankreich und dem Rest Europas – der anfänglich geführt wurde, um einer Erstickung von außen zu entkommen, später dann, um eine permanente französische Hegemonie zu etablieren, die zur Schaffung eines universellen Empires tendierte;
4. an nationale Revolten gegen die französische Hegemonie und die Geburt des modernen europäischen Staates, der sich im Unterschied zum französischen Original eher über aufeinanderfolgende kleinere Reformwellen herausbildete als über revolutionäre Erhebungen. Angestoßen wurden die „aufeinanderfolgenden Wellen“ dabei aus einer Kombination von sozialen Kämpfen, Interventionen „von oben“ seitens einer aufgeklärten Monarchie und nationale Kriege – zumeist standen die beiden zuletzt genannten Phänomene im Vordergrund.

Das vierte Element bezieht sich auf Gramscis Konzept der „passiven Revolution“, d.h. die „von oben“ initiierte, graduelle Einführung einer Staat/Zivilgesellschafts-Konfiguration, die durch einen hohen Grad an Internationalisierung, Modernität und sozio-politischer Integration gekennzeichnet ist. Die passive Revolution ist ein bestimmendes Merkmal für jene Staaten, die Kees van der Pijl als die hobbesianischen Nachzügler-Staaten bezeichnet hat.⁸ Indem sie sich der Abdrängung in die Periphe-

⁸ Die idealtypische Unterscheidung zwischen dem Lock'schen Kerngebiet (bezeichnet nach dem Autor von *Über die Regierung*) und den Hobbes'schen Randgebieten (nach dem Autor des *Leviathan*) ist zuerst von Kees van der Pijl entwickelt worden, indem er sich mit dem Staat/Zivilgesellschafts-Komplex als Grundeinheit der internationalen Beziehungen auseinandergesetzt hat und hierbei die Annahme von Cox' (1986: 205) weiterentwickelte, „daß eine Pluralität an Staatsformen existiert, die jeweils unterschiedliche Konfigurationen von Staat/Zivilgesellschafts-Komplexen zum Ausdruck bringen.“ Der Begriff des Lock'schen Kerngebietes bezieht sich unter anderem auf die Transnationalisierung der Zivilgesellschaft (unter Einschluß ihrer Klassendimensionen). Diese entfaltet sich gleichsam über die Aufteilung von bestimmten staatlichen Funktionen auf mehrere Staaten sowie die Herausbildung von quasi-staatlichen Funktionen. In ihr spiegelt sich also eine transnationale Vergesellschaftung von Staatsfunktionen. Im Verlauf der Expansion des Lock'schen Staat/Zivilgesellschafts-Komplexes während der Pax Britannica und seiner weiteren Ausdehnung im Rahmen der Pax Americana haben sich nur wenige Länder der Abdrängung in die Peripherie erfolgreich widersetzt. Diese sog. hobbesianischen Nachzügler-Staaten konnten sich nur dadurch behaupten, daß sie einen autonomen Status errangen, über „von oben“ eingeleitete Reformen ökonomisch aufholten, autoritäre Muster der politischen Herrschaft ausbildeten, sich bürokratisch zentralisierten und die Zivilgesellschaft dem staatlich angeordneten Modernisierungsprojekt unterordneten. „Allerdings müssen die Staatsklassen in ihrer vielfältigen Ausformungen auch mit einkalkulieren, daß sich die sozialen Kräfte in der Gesellschaft eher verdeckt und ‚molekular‘ auf das im Lock'schen Kerngebiet vorherrschende Entwicklungsmuster zubewegen; wenn auch nur in der Folge der tiefen Transformation, die durch die Revolution ‚von oben‘ eingeleitet wurde. (...) An einem gewissen Punkt (und hier sind die politischen Orientierungen der Staatsklasse und die Strenge

rie durch das Kerngebiet der kapitalistischen Entwicklung wideretzten, konnten sie als Herausforderer-Staaten über eine Revolution „von oben“ erfolgreich eine autonome, aufholende Entwicklung durchlaufen. Dies schloß autoritäre Muster der politischen Herrschaft ebenso mit ein, wie die Unterdrückung einer schwachen, aufkeimenden Zivilgesellschaft durch das über den Staat durchgesetzte Projekt der ökonomischen Modernisierung. Am Anfang verhinderte die Verschmelzung der sozialen und politischen Macht unter dem Dach einer entstehenden Staatsklasse die Selbstorganisation von gesellschaftlichen Kräften, die Stärkung einer sich selbst regulierenden Zivilgesellschaft war geradezu ausgeschlossen. Im Verlauf der „von oben“ eingeleiteten Modernisierung bewegen sich die „progressiven“ sozialen Kräfte dann allerdings – mehr oder weniger verdeckt und „molekular“ – auf das im Kerngebiet vorherrschende Entwicklungsmuster zu. Letztlich drängen sie an „die Oberfläche und konstituieren (sich selbst) als eine soziale Klasse“ (van der Pijl 1993: 239). Unter der autoritären Herrschaft tendiert die soziale Transformation demzufolge dahin, jene Kräfte zu entfesseln, die im Endstadium des hobbesianischen Aufholprozesses eine demokratische Transition und die volle Integration in das Lock'sche Kerngebiet der kapitalistischen Entwicklung unterstützen. Wir befassen uns hier mit zwei „fundamentalen Prinzipien der Politikwissenschaft“, aus denen Gramsci zufolge das Konzept der passiven Revolution abgeleitet werden muß: „1. daß sich eine soziale Formation solange nicht verabschiedet, wie sich die Produktivkräfte in ihr noch weiter entfalten können; 2. daß sich eine Gesellschaft keine Aufgaben stellt, für deren Bewältigung die notwendigen Bedingungen noch nicht gereift sind“ (Gramsci 1971: 106).

Kurzum, und hiermit kehren wir zurück zu den Entwicklungen in Osteuropa. Der Übergang von wirtschaftlicher Rückständigkeit und ökonomischem Nationalismus zur parlamentarischen Demokratie und (perspektivischen) EU-Mitgliedschaft wäre nicht möglich gewesen, wenn im Verlauf des 20. Jahrhunderts nicht ein Prozeß der hobbesianischen Staatsbildung erfolgt wäre. Gleichwohl ist die ökonomische Entwicklung nicht linear mit einer nachfolgenden politischen Modernisierung verbunden. Zwischen beide Vorgänge tritt vermittelnd der Prozeß der sozialen Transformation. In einer Studie, die mehrere Länder in bezug auf das Verhältnis von kapitalistischer Entwicklung und Demokratie untersuchte, wurde herausgefunden, daß „die Industrialisierung die Gesellschaft derart transformiert, daß die unterdrückten Klassen gestärkt werden und es von daher schwierig wird, sie politisch auszuschließen“ (Rueschemeyer et al. 1992: vii). Mit anderen Worten: Ob sich demokratische Strukturen entwickeln, stabilisieren und selbst unter widrigen Bedingungen behaupten können, wird maßgeblich durch die Machtverhältnisse bestimmt. Ein Faktor von nicht zu überschätzender Bedeutung bildet dabei zunächst das Kräftegleichgewicht

der staatlichen Kontrolle natürlich entscheidende Determinanten) drängen die sozialen Schichten dann jedoch an die Oberfläche und konstituieren sich selbst als eine soziale Klasse.“ (van der Pijl 1994: 37)

zwischen unterschiedlichen *Klassen und Klassenkoalitionen*. Dieses wird ergänzt durch zwei andere Machtkonfigurationen – der Struktur, Stabilität und Autonomie des Staatsapparats und dessen Beziehungen zur Zivilgesellschaft sowie durch den Einfluß, den die *transnationalen Machtverhältnisse* sowohl auf das Gleichgewicht der Klassenkräfte als auch auf die Beziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft ausüben (vgl. ebd.: 5).

Auch die hier unterbreitete Analyse der sozialen und politischen Modernisierung, die Mittel- und Osteuropa im 20. Jahrhundert durchlaufen hat, stützt sich weitgehend auf die zuvor erwähnten Untersuchungsebenen. Über sie soll die Herausbildung und Konsolidierung der Demokratie erklärt werden. Um die „Auswirkungen der transnationalen Machtverhältnisse“ angemessen zu berücksichtigen, ist es zudem hilfreich, die Vorstellungen über die Verwestlichung mit einzubeziehen.

Der Begriff der *Verwestlichung* bezieht sich auf jenen Prozeß, in dem die ökonomische, soziale und politische Entwicklung in wachsendem Maße von externen Einflüssen abhängig wird. Im Verlauf der passiven Revolution beeinflussen diese externen Einflüsse mehr und mehr die Art und Weise und auch das Ausmaß, in dem die ökonomischen und sozio-politischen Strukturen des Westens (bzw. Europas) übernommen werden. In Südeuropa vermittelten sich die Prozesse der Modernisierung und Verwestlichung über die Dynamik der sog. Internationalisierung des Kapitals. Ab dem Zeitpunkt, zu dem die staatlich angeleitete Industrialisierung und der ökonomische Nationalismus zu den allgemeinen Erfordernissen eines kontinuierlichen wirtschaftlichen Wachstums und der weiteren Entfaltung des freien Unternehmertums in Widerspruch geriet, sahen sich die Staatsklassen in Südeuropa gezwungen, ihre Nationalökonomien gegenüber dem Weltmarkt zu öffnen und im Verlauf der 50er Jahre einer Strategie der wirtschaftlichen Liberalisierung zuzuwenden. Die nachfolgende Periode eines spektakulären Wirtschaftswachstums während der 60er und 70er Jahre führte nicht nur zu einer wachsenden Abhängigkeit von ausländischen Investitionen und internationalem Handel, sondern förderte, zunächst und in erster Linie über die transnationale Kooperation mit ihren Gegenübern in den fortgeschrittenen europäischen Ländern, auch die Emanzipation der „progressiven“ sozialen Kräfte. In einer detaillierteren Untersuchung der spanischen Entwicklung im 20. Jahrhundert ist die immense Bedeutung der Transnationalisierung der ökonomischen und sozialen Strukturen für den nachfolgenden Übergang – zur demokratischen Konsolidierung einerseits und zur vollen Integration Spaniens in den gemeinsamen Markt andererseits – herausgearbeitet worden (vgl. Holman 1996).

Die bisherigen Ausführungen verdeutlichen, daß durch den Vergleich der Entwicklungen in Südeuropa auf der einen sowie in Mittel- und Osteuropa auf der anderen Seite, sowohl was die Ähnlichkeiten als auch die Unterschiede anbetrifft, ein

besseres Verständnis jener Prozesse ermöglicht, über die Länder wie Polen, die Tschechische Republik und Ungarn in das (europäische) Kerngebiet der transnationalen Produktion eingebunden werden. Gleiches gilt auch für die wahrscheinlichen Ergebnisse dieses Unterfangens. In der Fortsetzung der hier unterbreiteten Argumentation ist es zunächst jedoch sinnvoll, daß wir uns mit dem Begriff des „umfassenden Konzepts sozialer Herrschaft“ vertraut machen. Dieser Begriff ist besonders wichtig, um die fundamentalen Umbrüche zu verstehen, die sich im Produktionsbereich, in der Arena der gesellschaftlichen Machtverhältnisse wie auch in der Sphäre der Ideologie vollziehen.

Als umfassende Konzepte sozialer Herrschaft werden langfristig angelegte Strategien bezeichnet, die in allgemeinen Begriffen formuliert sind und sich im umfassenden Sinne auf die Bereiche der Arbeitsbeziehungen, der Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie auf die internationale sozial-ökonomische und politische Ordnung beziehen. Wenn ihr Ursprung in den sozial-ökonomischen Verhältnissen zwischen den unterschiedlichen Fraktionen der Bourgeoisie bzw. zwischen (den Fraktionen) der Bourgeoisie und (Teilen) der Arbeiterklasse liegt, so müssen die umfassenden Konzepte sozialer Herrschaft, um wirksam zu werden, auf der Ebene des Staats in die Innen- und Außenpolitik übersetzt werden. Der hegemoniale Aufstieg eines besonderen Konzepts und die erfolgreiche Repräsentation der speziellen Interessen, die hiermit verbunden sind, ist dann gegeben, wenn sich diese spezifischen Interessen als „allgemeine Interessen“ darstellen (vgl. van der Pijl 1984: Kap.1). Hegemonie ergibt sich in diesem Sinne nicht so sehr daraus, daß eine Klasse oder Klassenfraktion „dazu in der Lage ist, dem Rest der Gesellschaft eine einheitliche Weltsicht aufzuerlegen, sondern daraus, daß sie unterschiedliche Weltbilder so artikuliert, daß ihr potentieller Antagonismus neutralisiert wird“ (Laclau 1977: 161). Die hegemonialen Konzepte sozialer Herrschaft bringen die Macht des Kapitals sowohl strukturell als auch relational zum Ausdruck, sie reflektieren mithin eine Konstellation, die Gramsci als „historischen Block“ bezeichnet hat. Der Staat stellt dabei den organisatorischen Rahmen bereit, innerhalb dessen die spezifischen, ideal-typischen Konzepte sozialer Herrschaft ausgearbeitet, reproduziert und transformiert werden können. Von der Funktion einer politischen Plattform, auf der sich die besonderen Konzepte artikulieren, einmal abgesehen, kommt dem Staat die Aufgabe zu, die Interessen und die Hegemonie der gesamten Bourgeoisie zu organisieren und abzusichern. Dies ist nur dann möglich, wenn der Staat gegenüber den separaten Fraktionen der Bourgeoisie den Standpunkt eines autonomen Subjekts einnimmt. Genau dies ist damit gemeint, wenn sich ein umfassendes Konzept sozialer Herrschaft, um hegemonial zu werden, als Ausdruck eines allgemeinen Interesses darstellt. Zum Teil wird dies dadurch erreicht, daß widerstreitende Weltbilder inkorporiert oder neutralisiert werden.

Die Rolle des Staats ist hierbei nun aber nicht nur darauf beschränkt, eine politische Plattform bereitzustellen, die strikt als national zu charakterisieren ist. Wenn sich die funktionalen Kapitalformen internationalisieren, d.h. wenn sich eine internationale Bewegung des zirkulierenden und produktiven Kapitals herausbildet, existieren die materiellen Grundlagen dafür, daß sich die internationalisierten Konzepte sozialer Herrschaft auf der nationalen Ebene politisch artikulieren können. Sowohl die Internationalisierung als auch die Internalisierung von spezifischen Konzepten sozialer Herrschaft hängt davon ab, ob bereits historisch determinierte nationale sozial-ökonomische und politische Strukturen bestehen. In diesem Sinne stellen die Staaten zum einen den politischen Rahmen bereit, innerhalb dessen die international ausgerichteten Herrschafts-Konzepte mit den besonderen nationalen politischen Kulturen, Einstellungen, konstitutionellen Arrangements etc. in Übereinstimmung gebracht werden können; zum anderen bilden sie aber auch das Medium, über das die hegemonialen Konzepte sozialer Herrschaft die nationalen Grenzen überschreiten können.

Kees van der Pijl unterschied in seiner Analyse der internationalen, atlantischen Klassenformierung nach dem Weltkrieg zwei ideal-typische Konzepte sozialer Herrschaft, die er von den funktionalen Kapitalformen des monetären und produktiven Kapitals ableitete (beide definiert durch ihren Stellenwert im umfassenden Prozeß der Kapitalakkumulation) und die er auf zwei Fraktionen der Bourgeoisie bezog: auf das Bank- und Industriekapital. Dem Geldkapital entsprach das Konzept des „liberalen Internationalismus“ und dem produktiven Kapital das Konzept des „staatsmonopolistischen Korporatismus“ (van der Pijl 1984). Beide Konzepte kommen dem recht nahe, was bereits Polanyi als die „Doppelbewegung“ zweier gesellschaftlicher Organisationsprinzipien bezeichnet hatte: „Das eine war das Prinzip des Wirtschaftsliberalismus, das auf die Schaffung eines selbstregulierenden Marktes abzielte (...) und als Methode weitgehend *Laissez-faire* und den Freihandel benützte; das andere war das Prinzip des Schutzes der Gesellschaft, das auf die Erhaltung des Menschen und der Natur sowie der Produktivkräfte abzielte (...) und Schutzgesetze, Schutzvereinigungen und andere Interventionsmittel als Methoden benützte.“ (Polanyi 1957: 132)

Diese beiden Organisationsprinzipien überlappen sich mit den Konzepten des monetären und produktiven Kapitals, die sich als politisch-ideologische Konzepte auf ökonomische Interessen beziehen. Historisch hat sich dies darin ausgedrückt, daß die Abkehr vom ökonomischen Liberalismus, der sich im 19. Jahrhundert in der Dominanz des in den Zirkulationsprozeß eingebundenen Kapitals reflektierte, den Weg für die Massenproduktion in der Zwischenkriegs-Periode frei machte. Als sich das produktive Kapital internationalisierte, was nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem über die Internationalisierung des Finanzkapital erfolgte (charakteristisch waren hierfür die transnationalen Konzerne), entstand das synthetische Konzept des korporativen Liberalismus (van der Pijl 1984: 10), das fortan einen integralen Bestandteil

der an anderer Stelle als „internationalen oder atlantischen Fordismus“ bezeichneten Konstellation bildete, d.h. jenes makro-ökonomischen Wachstumsmodells, das auf der nationalen Ebene auf der fordistischen Produktion, einer keynesianische Nachfragesteuerung und einem grundlegenden Kompromiß zwischen den sozialen Klassen in bezug auf die Ausweitung öffentlicher Sozialleistungen beruhte (vgl. Holman 1996). Die „Globalisierung“ der kapitalistischen Verhältnisse, insbesondere ihre euroatlantische Artikulation, stützte sich auf eine Synthese zwischen dem national operierenden und dem transnationalen Industriekapital auf der einen und dem globalen Finanzkapital auf der anderen Seite, mithin auf eine Synthese von staatlichem Monopolismus und liberalem Internationalismus, d.h. zwei ideal-typischen, umfassenden Herrschafts-Konzepten unterschiedlicher Klassenfraktionen. Was die internationale politische Dominanz anbetrifft, so war diese Ära der Nachkriegszeit, die auch als Pax Americana bekannt wurde, durch die unumstrittene Führung der Vereinigten Staaten charakterisiert. Die rudimentäre Kohäsion des atlantischen internationalen historischen Blocks wurde hierdurch gewissermaßen zementiert. Zugleich spiegelt sich hierin die Hierarchie relativ ähnlicher nationaler Ensembles von materiellen Kräften, Institutionen und Ideologien (Gill 1993). Die weiter oben gegebene Definition einer auf Konsens basierenden Hegemonie kann hier auch auf das internationale System angewandt werden. In den Worten von Robert Cox: „Welt-hegemonie“ bedeutet „die nach außen gerichtete Expansion einer internen (nationalen), durch eine herrschende soziale Klasse geschaffenen Hegemonie“ (Cox 1983: 171/2). Sie ergibt sich aus einer Kombination von sozialer und staatlicher Macht. Das heißt, ein oder auch mehrere führende Staaten etablieren eine Weltordnung, die eher auf Konsens als auf Zwang beruht, da allgemeine Prinzipien befolgt werden. Diese garantieren die hegemoniale Reproduktion der Staaten wie auch der führenden sozialen Klassen, indem sie einer zunehmend globalen Gesellschaft eine einheitliche Weltsicht auferlegen und die untergeordneten Staaten und sozialen Klassen hierbei durch besondere Belohnungen (oder zumindest deren Ankündigung) einbinden oder neutralisieren. „In seiner solchen Ordnung wird die Produktion der einzelnen Länder über den Mechanismus einer Weltökonomie miteinander verknüpft und in weltweite Produktionssysteme eingebunden. Die sozialen Klassen des dominierenden Landes finden dabei in den anderen Ländern Verbündete. Die historischen Blöcke, über die die einzelnen Staaten gestützt werden, verknüpfen sich folglich über die wechselseitigen Interessen und ideologischen Perspektiven von in nationalen Kontexten beherrschten sozialen Klassen, so daß sich allmählich globale Klassen herausbilden“ (Cox 1987: 7)

Dieser Prozeß der globalen oder transnationalen Klassenformierung, selbst ein Bestandteil der intensivierten transnationalen Kapitalakkumulation in der Nachkriegszeit, schritt im Verlauf der 70er und 80er Jahre weiter fort und umschließt mittlerweile auch die Konfigurationen von Staat und Zivilgesellschaft. Das heißt, parallel zur Herausbildung einer „Weltökonomie der transnationalen Produktion“ vollzieht sich eine

Internationalisierung des Staates, und ansatzweise entsteht auch eine transnationale bürgerliche Zivilgesellschaft, über die sich das internationale System aufteilt in ein „Lock'sches Kerngebiet“ auf der einen und einen „Randbereich“ hobbesianischer Nachzüglerstaaten mit schwachen Zivilgesellschaften auf der anderen Seite. Wir befassen uns hier mit der Herausbildung eines *transnationalen* historischen Blocks, der gekennzeichnet ist durch eine hegemoniale Konstellation von transnationalen materiellen Kräften, internationalen Institutionen und langfristigen Strategien, denen Repräsentanten der nationalen Regierungen und administrativen Apparaten beigeordnet sind, und in denen sich die wachsende strukturelle und relationale Macht des international mobilten Kapitals widerspiegelt. Die relationale Macht des transnationalen Kapitals manifestiert sich unter anderem in den verbesserten Möglichkeiten, die nationalen Regierungen mit Bezug auf internationale Investitionsentscheidungen und über vielfältige Formen des Lobbying gegeneinander auszuspielen. Die strukturelle Macht des transnationalen Kapitals bezieht sich im Unterschied hierzu stärker auf die geographisch und ökonomisch erweiterte Operation der Marktmechanismen. „Die grenzüberschreitende Verlagerung von größeren Mengen an Kapital, die in der Form von ausländischen Direktinvestitionen, kurzfristigen Kapitalbewegungen und langfristigen Portfolioinvestitionen auf die ökonomischen und politischen Verhältnisse reagieren, zielt z.B. darauf ab, das Verhalten von Regierungen, Firmen, Gewerkschaften und anderen Gruppen zu konditionieren. Eine derartige strukturelle Macht vermittelt sich über den Markt und stützt sich im Vergleich zum ‚nationalen‘ Gegenspieler auf eine größere Mobilität des transnationalen Kapitals. (...) Über die internationalen Rahmenbedingungen wird daher die staatliche Politik, was den Markt, die Beziehungen von Kapital und Arbeit und die Bereitstellung einer angemessenen sozialen und ökonomischen Infrastruktur anbetrifft, Schritt für Schritt neu definiert“ (Gill 1990: 113/4).

Mit anderen Worten, die nationalen Regierungen werden durch die Politik anderer Regierungen und durch die Investitionsentscheidungen des transnationalen Kapital in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt. Die Vorstellung von der Internationalisierung des Staates ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung. Denn wenn wir „den globalen Prozeß, über den die nationalen politischen Entscheidungen und Praktiken an die Erfordernisse der Weltökonomie und internationalen Produktion angepaßt werden“ (Cox 1987: 253) akzeptieren, sollten wir uns an die Bedeutung der weiter oben erörterten umfassenden Konzepte sozialer Herrschaft erinnern. Um wirksam zu werden, müssen diese nämlich nicht nur über ihre Bindung an bestimmte Kapitalfraktionen in der Form hinausgehen, daß sie ihre potentiellen Antagonismen neutralisieren (dies ist eine Voraussetzung von Hegemonie), sie müssen überdies auch in die staatliche Politik übersetzt werden. In diesem Sinn kann die „Internationalisierung des Staates“ sowohl über den „externen“ Druck der Weltökonomie als auch über die „interne“ Artikulation von hegemonialen Konzepten sozialer Herrschaft erklärt werden. Deren Vermittlung stützt sich dabei auf die Prozesse der

kapitalistischen Transnationalisierung wie auch auf die internationalisierten nationalen und supranationalen staatlichen Institutionen. Wie an anderer Stelle ausgeführt wurde, bildet die Europäische Union ein mustergültiges Beispiel für derartige Phänomene (vgl. Holman 1992).

Dies führt uns zu der Rolle, die die Europäische Union bislang für die Transformation der Länder in MOE in voll entwickelte Marktwirtschaften und parlamentarische Demokratien gespielt hat. Eingangs wurde bereits darauf hingewiesen, daß die doppelte Transformation in MOE zeitlich zusammenfiel mit der politischen Umsetzung der neoliberalen Restrukturierung in den Mitgliedstaaten der EU. Diese Entwicklung – die wir als die Entstehung eines neuen umfassenden Konzept sozialer Herrschaft in der EU interpretieren sollten – hat deutliche Auswirkungen auf die Strategie, die die EU gegenüber den Ländern in MOE verfolgt hat. Im nachfolgenden Abschnitt sollen die drei zentralen Elemente dieser Strategie konkreter dargelegt werden.

4. Die doppelte Transformation und die Einflußnahme der Europäischen Union

Der Vertrag von Maastricht im Dezember des Jahres 1991 ist einst als der letzte Vertrag der Periode des Kalten Kriegs bezeichnet worden, da er praktisch keine Bezugnahme auf die neue Situation in MOE enthält. Tatsächlich hat der sog. Vertiefungsprozeß oder die „verzögerte Wiederaufnahme“ („extended relaunch“) der europäischen Integration während der späten 80er und frühen 90er Jahre die Vorstellung von der Europäischen Union als eines nach innen orientierten Akteurs nurmehr bestätigt. Die Regierungskonferenz, die im März 1996 begann und mit dem Treffen des Europäischen Rats in Amsterdam im Juni 1997 ihren Abschluß fand, war vor allem mit der Reform der damals bestehenden Union beauftragt, auch wenn sich jeder Diskussionspunkt in der ein oder anderen Form auf die verborgene Agenda der anstehenden Ost-Erweiterung bezog.

Dies heißt nicht, daß die Europäische Union nach den Revolutionen von 1989 nicht auf die Möglichkeiten in MOE reagierte. In den letzten sechs Jahren haben die Mitgliedstaaten der EU eine Strategie ausgearbeitet, die aus drei Elementen besteht: der schrittweisen Liberalisierung des interregionalen Handels, ein finanzielles Unterstützungsprogramm und vorbereitenden Maßnahmen, um (einige der) MOE-Länder als Vollmitglieder in die EU aufzunehmen (vgl. Holman 1995: 113ff).

4.1. *Handel: Das Janus-Gesicht der Europäischen Union*

Bis zum März 1985, als Michael Gorbatschow zum Generalsekretär der KPDSU ernannt wurde, waren die Handelsbeziehungen zwischen der EG und den Ländern MOE weitgehend durch den sowjetisch dominierten Comecon (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) bestimmt. Dies bedeutete unter anderem, daß die Mitgliedstaaten des Comecon keine bilateralen Handelsabkommen mit der EG abschließen konnten. Nach 1985 führten die Entwicklungen in der Sowjetunion und die nachfolgenden Umbrüche in MOE nicht nur zum praktischen Zusammenbruch des Comecon, sie machten überdies den Weg frei für engere bilaterale Handelsbeziehungen mit Westeuropa (vgl. van Ham 1993).

Bereits in der Periode von 1988 bis 1990 wurden zwischen der EG und den ehemaligen Comecon-Ländern Handels- und Kooperationsabkommen geschlossen. Da sich schon bald herausstellte, daß die Vereinbarungen dieser „ersten Generation“ unzureichend waren, wurden gegen Ende 1991 die Abkommen der sog. „zweiten Generation“ – besser bekannt als Europa-Abkommen – mit Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik unterzeichnet. Diese Abkommen zielten darauf, innerhalb von zehn Jahren eine Freihandelszone für alle nicht landwirtschaftlich hergestellten Güter

zu schaffen. Hierbei wurde insofern eine asymmetrische Zollsenkung festgeschrieben, als die EU-Länder ihre Zölle doppelt so schnell absenken sollten wie die MOE-Länder. Seitdem sind einige der Vorschriften abgeändert – genauer: gelockert – worden, beträchtliche Importbeschränkungen für Produkte wie Stahl und Textilien blieben jedoch bestehen. Abgesehen davon, daß der sensitive Agrarsektor aus praktisch jeder Vereinbarung herausgenommen wird, bedient sich die Europäische Union zur Zeit noch immer einer großen Auswahl von Maßnahmen, die dem Arsenal der „strategischen Handelspolitik“ entstammen (Anti-Dumping-Maßnahmen, Herkunftsregeln), um die in der EU angesiedelte Industrie vor der Konkurrenz aus MOE zu schützen. Zudem wird alles versucht, um die nicht-europäischen Produzenten davon abzuhalten, in MOE Fuß zu fassen. Ein Beispiel hierfür stellt der Versuch der Europäischen Kommission dar, einen Handel zwischen der polnischen Regierung und dem koreanischen Autohersteller Daewoo über den zollfreien Import von 110.000 noch nicht montierten Autos zu blockieren (vgl. *Financial Times*, 17. Juli 1996). Von daher ist man versucht, den von der Europäischen Union verfolgten Ansatz mit den zwei Gesichtern von Janus zu vergleichen, da die wirtschaftliche Liberalisierung im Kontext der Vollendung des Binnenmarktes Hand in Hand geht mit der Bewahrung von merkantilistischen Prinzipien und Praktiken nach außen (vgl. Wolf 1995), selbst wenn es darum geht, den Prozeß der ökonomischen Transformation in MOE zu unterstützen. Es ist fast schon überflüssig zu erwähnen, daß diese Praktiken mit dem allgemein anerkannten Stabilitätsinteresse in dieser Region eher nicht übereinstimmen.

Allein aus strikt ökonomischen Gründen scheinen die Handelsrestriktionen der EU allerdings nicht haltbar zu sein. Der Exportanteil von Stahl, Textilien und landwirtschaftlichen Produkten betrug Anfang der 90er Jahre 35 Prozent der gesamten MOE-Exporte, aber nur zwei Prozent der gesamten EU-Importe in diesen Sektoren. Eine vollständige Handelsliberalisierung käme demzufolge einem wichtigen Impuls für die ökonomische Transformation in MOE gleich, ohne die Produzenten in der EU substantziell zu beeinträchtigen (vgl. Mastropasqua/Rolli 1994).

Diese Statistiken verweisen auf ein allgemeineres Muster in den Handelsbeziehungen zwischen der EU und den MOE-Ländern. Die Exportorientierung letzterer hat in bezug auf die EU seit 1989 enorm an Bedeutung gewonnen, 60-70 Prozent der gesamten Exporte gehen in die EU (vgl. *NRC Handelsblad*, 11. Februar 1996). Der Anteil der EU-Exporte, der nach MOE fließt (er betrug in der gleichen Periode fünf Prozent), ist ein Indikator für den stark asymmetrischen Charakter der Ost-West-Handelsbeziehungen. Gleichwohl entwickeln sich die EU-Exporte in die MOE-Länder mit einer enormen Geschwindigkeit, was z.B. durch den deutlichen Anstieg von 20,7 Prozent im Jahr 1997 (18,8 Prozent in 1996) bestätigt wird; die meisten Exporte gehen dabei nach Polen, in die Tschechische Republik und Ungarn, die zusammen 64

Prozent aller EU-Exporte in diese Region auf sich versammeln (vgl. *NRC Handelsblatt*, 3. März 1998).⁹

4.2. Finanzhilfe: Symbolische Unterstützung

Was die finanzielle Unterstützung MOE durch den Westen anbetrifft, so hat die EU seit 1989 eine Koordinationsaufgabe übernommen. Im Juli 1989 wurde die EU auf dem Gipfeltreffen der sieben führenden Industrienationen (G-7) damit beauftragt, die Unterstützungsprogramme, die zunächst Polen und Ungarn betrafen und später dann auf die anderen MOE-Länder ausgedehnt wurden, zu koordinieren. Um den Prozeß der ökonomischen Transformation in MOE finanziell zu unterstützen, bildeten die Gläubigerländer (die sog. G-24, die sich aus den 12 EU-Staaten, den sechs EFTA-Ländern, Australien, Neuseeland, Kanada, der Türkei, Japan und den USA zusammensetzen) ein Konsortium. Die EU brachte dabei 42,1 Prozent der gesamten Summe von 81,4 Mrd. US-Dollar auf, die von Seiten der G-24 für die Zeit von Januar 1990 bis Dezember 1993 zur Verfügung gestellt wurde; danach folgten die internationalen Organisationen (der IWF, die Weltbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) (26,8 Prozent), die Vereinigten Staaten (13,3 Prozent), die EFTA-Länder (9,2 Prozent), Japan (4,1 Prozent) und Kanada (2,9 Prozent). Der gesamte, von der EU versprochene Betrag setzte sich zum größten Teil (zu fast 70 Prozent) aus Beiträgen der einzelnen Mitgliedstaaten zusammen: mit insgesamt 13,1 Mrd. Dollar war Deutschland das bei weitem größte Geberland, gefolgt von Frankreich mit 4 Mrd., Italien mit 2 Mrd., den Niederlanden mit 1,3 Mrd., Großbritannien mit einer Mrd. und Dänemark mit 996 Mio. US-Dollar (vgl. Atlantische Commisie 1995: 28).

Im Juli 1989 begann die Gemeinschaft dann auch mit dem PHARE-Programm, dem die offizielle Aufgabe zukam, den Prozeß der ökonomischen und politischen Transformation in MOE zu unterstützen. Finanziert wurde das Programm durch gemeinschaftliche Eigenmittel. Nachdem 1990 insgesamt 500 Mio. ECU (hiervon allein 300 Mio. ECU für Polen und Ungarn) zugeteilt wurden, erhöhte sich der Betrag bis 1993 auf fast eine Mrd. ECU (vgl. ebd.: 30; aber auch Kramer 1993: 223). Für den Zeitraum von 1995-99 wurde dann von Seiten der Gemeinschaft im Rahmen ihrer „indikativen internen Planung“ ein Gesamtbetrag von sieben Mrd. ECU reserviert. In den vergangenen Jahren ist das PHARE-Programm dafür kritisiert worden, einen zu großen Anteil für westeuropäische Berater zu verausgaben – bis zu dreiviertel des Programms –, anstatt Aufbau- und Entwicklungskapital sowie Leihbürgschaften für

⁹ Zuletzt zeichnet sich ab, daß die ausländischen Direktinvestitionen in MOE zu einer Quelle des Wettbewerbs mit der EU werden. So ist z.B. der deutsche Handelsbilanzüberschuß mit dieser Region aufgrund steigender Importe, die auf durch deutsche Unternehmen dort errichtete oder übernommene Produktionsanlagen zurückgehen, von 1993 bis 1995 von 8,2 auf 5,2 Milliarden DM gefallen (vgl. *Financial Times*, 19. Juli 1996).

kleinere und mittlere Unternehmen bereitzustellen (vgl. Financial Times, 16./17. November 1996).

Das insgesamt von der EU im Rahmen des finanziellen Unterstützungsprogramms zur Verfügung gestellte Geld ist demzufolge begrenzt und hauptsächlich symbolischer Natur; dies gilt vor allem im Vergleich zu den Ausgleichszahlungen, die im gleichen Zeitraum über den Struktur- und Kohäsionsfonds an die sog. Kohäsionsländer gehen. In diesem Sinne ist es nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein oder – im offiziellen Sprachgebrauch der EU – als ein „Anreiz zur Selbsthilfe“. Dies wird auch dadurch illustriert, daß das Startkapital der 1991 gegründeten Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung mit zehn Mrd. ECU sehr gering war (vgl. Weber 1994). Es ist schon fast überflüssig zu erwähnen, daß die hierdurch ermöglichten Finanzspritzen wohl kaum als ein neuer „Marshall-Plan“ für MOE charakterisiert werden können. Offiziell ist die geringe westliche Unterstützung durch den Verweis auf den Kapitalmangel in der globalen Ökonomie, die Notwendigkeit im Westen die Staatsausgaben und/oder die negativen Effekte, die ein substanzielles Hilfsprogramm auf die makroökonomische und monetäre Disziplin der postkommunistischen Regierungen haben kann, legitimiert worden. Weitaus zutreffender scheint es jedoch mit dem ungarischen Ökonomen András Köves zu schlußfolgern, daß die finanziellen Beziehungen zwischen dem Westen und MOE durch politische Prioritäten bestimmt werden. So basiert die eingeschränkte finanzielle Unterstützung auf einer impliziten Entscheidung: „In ihr reflektiert sich eine reserviertere Haltung gegenüber der Systemtransformation, als sie in politischen Deklarationen und Empfehlungen von Seiten der wichtigsten westlichen Regierungen, internationalen Organisationen und Experten zum Ausdruck gebracht wird“ (Köves 1992: 112; vgl. Auch Berend 1996: 339/340).

4.3. *Integration: Auf dem Weg zu einem differenzierten Integrationsmodus*

Das Versprechen des EU-Beitritts bildet in bezug auf MOE das vielleicht wichtigste Element der EU-Strategie. Obwohl in den letzten Jahren ein gewisser Fortschritt festgestellt werden kann (die sog. Strategie der Annäherung), haben die divergierenden Interessen in der EU und institutionelle wie finanzielle Hindernisse mit dazu beigetragen, den Annäherungsprozeß in die gegenwärtige Sackgasse zu manövrieren. Bis heute ist weder ein konkreter Zeitplan aufgestellt worden, noch war die EU dazu in der Lage, klar definierte Beitrittskriterien zu formulieren.

Den MOE-Ländern sind im Jahr 1993 nur recht allgemeine Beitrittsbedingungen genannt worden. Offiziell wird jede Entscheidung über eine Erweiterung so lange aufgeschoben, bis zwei Probleme gelöst sind: zum einen die finanziellen Grundlagen der EU, die bis zum Ende des Jahrzehnts neu geregelt werden sollen und zum anderen die Ratifizierung des Vertrags von Maastricht. Im Juni 1993 wurde auf dem Gip-

feltreffen in Kopenhagen festgehalten, daß „die assoziierten Staaten in Mittel- und Osteuropa, wenn sie es wünschen, Mitglieder der Europäischen Union werden sollen.“ Die Aufnahme findet dann statt, wenn die assoziierten Länder die entsprechenden ökonomischen und politischen Anforderungen erfüllen. In einer seitdem häufig zitierten Passage, formulierte der Europäische Rat – sehr allgemein gehalten – die nachfolgenden Bedingungen:

- stabile demokratische Institutionen, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie die Beachtung und den Schutz von Minderheiten;
- eine funktionierende Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, mit dem Wettbewerbsdruck und den Marktgesetzen innerhalb der EU fertig zu werden;
- ausreichende Mittel, um die Pflichten der Mitgliedschaft zu erfüllen und an den Zielen der Politischen und der Wirtschafts- und Währungsunion festzuhalten.

Darüber hinaus wurde noch genannt, daß „die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen und zugleich den Stand der Integration aufrechtzuerhalten, eine wichtige Überlegung im allgemeinen Interesse der Union wie auch der Beitrittskandidaten darstellt“ (zit. nach Dinan 1994: 479/480). Mit anderen Worten, der Prozeß der Osterweiterung der EU kann nur erfolgen, nachdem der Prozeß der inneren Konsolidierung und Vertiefung abgeschlossen ist.

Diese Schlußfolgerung ist im Dezember 1994 auf dem Gipfeltreffen in Essen nochmals bestätigt worden. Bei dieser Gelegenheit hat der Europäische Rat festgehalten, daß die Reform der institutionellen Strukturen der EU im Rahmen der Regierungskonferenz 1996 beendet sein muß, bevor mit den Verhandlungen zwischen der Kommission und den voraussichtlichen Beitrittsländern begonnen werden kann. Auf dem Gipfel in Essen sind unter anderem zwei Initiativen eingebracht worden: ein strukturierter Dialog zwischen den EU-Mitgliedern und den Beitrittsländern sowie eine Strategie, um letztere für die anstehende Einbeziehung in den gemeinsamen Markt vorzubereiten.

Zu diesem Zweck hat die Kommission im Mai 1995 ein Weißbuch publiziert. In diesem geht es hauptsächlich darum, „einen Leitfaden für die Unterstützung der Beitrittsländer aufzustellen, die sich selbst auf die veränderten Bedingungen des gemeinsamen Marktes vorbereiten.“ Das Weißbuch identifiziert dabei die zentralen Maßnahmen, die in jedem Sektor des gemeinsamen Marktes zu erfolgen haben, und schlägt eine Reihe von Schritten vor, über die die rechtliche Angleichung in Angriff genommen werden kann. Gleichwohl wird eine einfache Übertragung der Gesetzgebung nicht dazu ausreichen, die angestrebten wirtschaftlichen Ergebnisse zu erzielen oder sicherzustellen, daß der gemeinsame Markt auch nach der erneuten Erweiterung effektiv funktioniert. Eine ebenso große Bedeutung wird demzufolge einer weit-

aus schwierigeren Aufgabe zugeschrieben, nämlich adäquate Strukturen der Implementation und Durchsetzung zu etablieren. Ein ausgewogener Ansatz soll dadurch sichergestellt werden, daß die gesetzlichen Regelungen in den Bereichen der Wettbewerbs-, Sozial- und Umweltpolitik in diesen Prozeß mit einbezogen werden (vgl. European Commission 1995).

Darüber hinaus hat die Kommission explizit herausgestellt, daß „die Einbeziehung in den gemeinsamen Markt vom Zugang zur Union, was die Übernahme des gesamten *acquis communautaire* mit einschließen würde, zu unterscheiden ist.“ In dieser Hinsicht ist denn auch „das Weißbuch nicht ein Bestandteil der Beitrittsverhandlungen. Es enthält keinen Zeitplan und schafft auch keine neuen Bedingungen.“

Einen letzten Schritt der EU-Strategie zur Einbeziehung MOE's bildet der *Agenda 2000* Report, der von der EU-Kommission im Juli 1997 publiziert wurde. Der Report gliedert sich in drei Teile, die sich mit der politischen Entwicklung innerhalb der Union, der Herausforderung der Erweiterung und dem neuen Finanzrahmen für den Zeitraum 2000-2006 befassen. Er enthält zudem Beurteilungen über alle jene Länder, die sich für den Beitritt bewerben. Diese Beurteilungen sind auf Verlangen des Rates von Seiten der Kommission vorbereitet worden; und zwar auf der Grundlage der zuvor bereits erwähnten, in Kopenhagen definierten Kriterien. In bezug auf die politischen Kriterien kam die Kommission zu dem Schluß, daß nur einer der Bewerber – die Slowakei – die in Kopenhagen gesetzten Anforderungen nicht erfüllt. Was die ökonomischen Kriterien anbetrifft – eine funktionierende Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck standzuhalten –, wurden Ungarn und Polen, und etwas zurück auch die Tschechische Republik und Slowenien als diejenigen Länder betrachtet, die den Anforderungen am nächsten kommen. Schließlich sollen der Europäischen Kommission zufolge mittelfristig nur drei Länder – Ungarn, Polen und die Tschechische Republik – dazu in der Lage sein, den Kernbestand des *acquis communautaire* zu übernehmen und zu seiner Anwendung administrative Strukturen zu errichten (vgl. European Commission 1997). Auf der Grundlage dieser einzelnen Bewertungen schlägt die Kommission vor, daß die Beitrittsverhandlungen nur mit fünf MOE-Ländern begonnen werden sollen: mit Ungarn, Polen, der Tschechischen Republik, Slowenien und – überraschenderweise – Estland.

Aus den bisherigen Ausführungen lassen sich zwei Schlußfolgerungen ziehen. Erstens führt die bisherige Annäherungsstrategie der Union notwendig zur einer Differenzierung der Integration. Konkret, die Tatsache, daß eine abschließende Entscheidung darüber, ob ein Beitrittskandidat für die volle Mitgliedschaft gerüstet ist, jeweils gesondert getroffen wird (d.h. gleiche Bedingungen angelegt werden, die dann individuell überprüft werden), ermöglicht es, Länder wie Bulgarien und Rumänien aufgrund ihrer schwachen ökonomischen Leistungsfähigkeit und Slowenien wegen der Nichtbeachtung von Menschenrechten auszuschließen. Anders formuliert, nur jene

Länder, die dazu in der Lage oder bereit waren, ihre ökonomischen und politischen Strukturen mit den Erfordernissen des Europäischen Kerngebiets in Übereinstimmung zu bringen, werden in der ersten Runde der anstehenden EU-Erweiterung dabei sein. Es ist davon auszugehen, daß dies nur auf Polen, die Tschechische Republik und auf Ungarn (vielleicht auf Slowenien und Estland) zutrifft. Doch selbst für diese Länder bedarf es einer langen Übergangsperiode, bevor sie den gleichen Stand der wirtschaftlichen und sozio-politischen Entwicklung erlangen wie ihn Spanien 1986, d.h. zum Zeitpunkt des EU-Beitritts, bereits erreicht hatte.

Zweitens werden die Verhandlungen über die Osterweiterung von dem erfolgreichen Abschluß der institutionellen Reform der EU abhängig sein. Der Europäische Rat von Amsterdam konnte sich nicht zu einer konkreten Lösung durchringen und hat statt dessen eine abschließende Entscheidung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Darüber hinaus muß noch immer ein weiteres Problem bewältigt werden: die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik und der Strukturfonds. Bislang beruhte der Prozeß der europäischen Integration – und auch seine öffentliche Unterstützung – auf dem Prinzip der finanziellen Solidarität; vor allem mit den Bauern und den weniger entwickelten Mitgliedstaaten und Regionen. Gerade dieser redistributive Charakter des gemeinsamen Haushalts ist gegenwärtig heftigen Angriffen ausgesetzt (vgl. Holman 1997a: 52ff). Dies verdeutlicht zugleich einen weiteren Unterschied zwischen der zweiten Erweiterungsrunde mit Spanien, Griechenland und Portugal auf der einen und der anstehenden Osterweiterung auf der anderen Seite. Möglicherweise wird sich zeigen, daß die MOE-Länder in eine Europäische Union eintreten werden, die für Fragen der ökonomischen Konvergenz und sozialen Kohäsion nur noch Lippenbekenntnisse übrig hat (vgl. Holmann 1997c).

Warum sind nun aber die Mitgliedstaaten der EU nicht bereit, gegenüber MOE eine aktive Erweiterungsstrategie zu entwickeln, die darauf abzielt, die doppelte Transformation über die politische und wirtschaftliche Liberalisierung hinaus unzweideutig zu unterstützen? Aus meiner Sicht ergibt sich die Antwort hierauf zum Teil aus der Beantwortung einer anschließenden Frage: Warum widersetzen sich die EU-Mitgliedstaaten – seit Beginn der 90er Jahre in wachsendem Maße, trotz der steigender Erwerbslosigkeit und zunehmenden sozialen Unruhen – allen Bemühungen, eine aktive Beschäftigungspolitik auf der europäischen Ebene zu entwickeln? Beide Fragen sind eng miteinander verwoben. Der Mangel einer jeden substanziellen Unterstützung der MOE-Länder von seiten der EU ergibt sich unter anderem daraus, daß die EU selbst seit den späten 80er Jahren einen Prozeß der neoliberalen Restrukturierung durchlief. Dies schlägt sich nun auch in der neoliberalen Disziplinierung nieder, die den MOE-Ländern durch die Beitritts-Strategie auferlegt wird.

Im nächsten Abschnitt werden wir uns innerhalb einer viel komplexeren Analyse einem spezifischen Element zuwenden, indem wir versuchen, die Handlungsmöglich-

keiten der EU, z.B. die Abwesenheit einer supranationalen Sozial- und Beschäftigungspolitik, grundlegender zu erklären. Wir werden dabei hervorheben, daß sich eine Reihe führender Geschäftsleute, zusammengeschlossen im European Round Table of Industrialists (ERT), gegen jede Form der supranationalen Intervention in das freie Wirken transnationaler Marktkräfte systematisch widersetzt. Die Einbeziehung von (national und vor allem international relevanten) Nicht-Regierungs-Akteuren in das Agenda-Setting der EU wird dann im Kontext der Erweiterungsstrategie analysiert. Es wird dabei argumentiert, daß der ERT nachdrücklich den Primat der Wettbewerbsfähigkeit hervorhebt und daß sich dies in der Art und Weise, in der die EU die doppelte Transformation in MOE behandelt, wie auch in dem Projekt der EU-Reform deutlich niederschlägt.

Unserer Meinung nach verweist die Initiatorenrolle, die der ERT in bezug auf das Projekt Europa '92 und nachfolgenden bei der „nochmaligen Beschleunigung“ (Maastricht und danach) übernahm, auf die Herausbildung einer neuen Form der bürgerlichen Machtausübung auf der europäischen Ebene. Diese scheint sich von den bestehenden Formen der wirtschaftlichen Interessenvertretung wie z.B. der Europäischen Konföderation der Nationalen Arbeitgeberverbände (UNICE) fundamental zu unterscheiden. Die zuletzt genannte Vereinigung war 1958 gegründet worden, um die EU-Institutionen (damals die der EWG) zu umwerben und zu beeinflussen. Doch der hohe Grad der institutionellen Fragmentierung und die Heterogenität der repräsentierten Interessen haben UNICE davon abgehalten, sich zu einem institutionellen Gerüst für eine aufstrebende kapitalistische Klasse in der EU zu entwickeln. Aus diesem Grund werden wir uns mit dem weniger bekannten, dafür aber sehr einflußreichen ERT befassen und seiner Rolle, zwischen den führenden sozialen Kräften in Europa einen gewissen Grad an Kohäsion zu zementieren.

5. EU-Sozialpolitik, Erweiterung und der European Round Table of Industrialists: Der Primat der Wettbewerbsfähigkeit

Auf Initiative des vormaligen Kommissionsmitglieds Etienne Davignon und des Volvo-Chefs Pehr Gyllenhammar war der ERT 1983 gegründet worden. Ursprünglich sollte der ERT ein informeller Debattierclub für die Vorstandsvorsitzenden von siebzehn transnationalen europäischen Unternehmen werden. Die ersten Mitglieder rekrutierten sich aus industriellen Sektoren wie der Elektronik (Philips und Siemens), der Automobilproduktion (Fiat, Renault, Volvo) und dem Stahlbereich (Thyssen).

Schon bald nach seiner Gründung entwickelte sich der ERT zu einer Plattform, die den Dialog zwischen der Europäischen Industrie und den politischen Entscheidungsträgern auf der nationalen und europäischen Ebene verbesserte. Hierbei wurden zwei grundsätzliche Zielsetzungen verfolgt: zum einen sollte nach gemeinsamen Lösungen gesucht werden, um den wahrgenommenen Wettbewerbsnachteil gegenüber den US-amerikanischen und japanischen Gegnern zu überwinden; zum anderen sollten solche Projekte wie die Vollendung des Binnenmarktes, eine europäische Technologiepolitik und eine grenzüberschreitende trans-europäische Infrastruktur auf der Gemeinschaftsebene (speziell von seiten der Europäischen Kommission) unterstützt werden. Um diese Vorhaben zu realisieren, erstellte man eine Reihe von Berichten, während die Repräsentanten des ERT in Kontakt mit den zuständigen Beamten und Politikern in Brüssel und in den nationalen Hauptstädten traten.¹⁰

Um die Rolle zu bewerten, die der ERT im Prozeß der Neubelebung der europäischen Integration in der Zeit von 1983-88 spielte, ist es nicht so sehr von Bedeutung, daß sich die Europäische Kommission, insbesondere Lord Cockfield, d.h. der Kommissar, der für den Entwurf des Weißbuchs in erster Linie verantwortlich war, direkt auf das Lobbying der im ERT organisierten großen europäischen Konzerne bezog. Die Ziele, die der ERT umzusetzen versuchte (und immer noch anstrebt), wurde in dem Report von 1985, *Changing Scales*, deutlich herausgestellt: „In der alltäglichen Arbeit der Gruppe geht es vor allem darum, Ideen zu entwickeln und Initiativen zu ergreifen, um die Entwicklung der Industrie und des Marktes im europäischen Maßstab zu fördern – und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie dadurch zu stärken (...), daß der Wettbewerb und die Kooperation im europäischen Maßstab gefördert werden“ (ERT 1985: 2).

¹⁰ Zur detaillierten Bilanz der Initiativrolle, die dem ERT 1985 in der Vorbereitung und Präsentation des Kommissions-Weißbuchs zur Vollendung des Binnenmarktes zukam, vgl. Green Cowles (1994). Allerdings ist die Rolle, die der ERT im sog. Projekt '92 und der hiermit verbundenen Revitalisierung der europäischen Industrie einnahm, nicht unumstritten. So wird von anderer Seite, indem der zwischenstaatliche Verhandlungsprozeß und die konvergierenden politischen Präferenzen der wichtigsten Mitgliedstaaten hervorgehoben werden, das Gegenteil behauptet (vgl. z.B. Moravcsik 1991).

Tatsächlich läßt sich denn auch der Einfluß des ERT in europäischen Fragen zunächst und in erster Linie über seine Bedeutung im Prozeß des *Agenda-Setting* charakterisieren. Der ERT formuliert im Bereich der europäischen Integration maßgeblich die Prioritäten, vor allem wenn die Entscheidungsträger auf der europäischen und nationalen Ebene im Sinne des übergeordneten Ziels einer gestärkten Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie konkret aktiv werden sollen. Oder um jene Formulierung aufzugreifen, die der ERT in seinem Bericht von 1991, *Reshaping Europe*, benutzte: „Die Optionen der Wirtschaft bringen heute, vielleicht noch mehr als in der Vergangenheit, eine umfassende weltweite Vision der modernen Gesellschaft und ihrer Probleme zum Ausdruck, eine Vision, die in mancher Hinsicht über die Ideen unserer Politiker hinausreicht“ (ERT 1991: 2). Die auffällige Übereinstimmung der Ideen zwischen dem ERT und der Europäischen Kommission unter Jacques Delors (dessen Fähigkeit, eine „umfassende Vision einer modernen europäischen Gesellschaft“ zu entwerfen, außer Frage steht) wird unter anderem dadurch bestätigt, daß die Kommission die Strategie zur Förderung von europäischen Champions, die für die erfolgreiche Umsetzung der Initiative Europa '92 maßgeblich verantwortlich war, bereitwillig aufgriff. Die enge Kooperation mit dem ERT diente der Europäischen Kommission dabei als ein zusätzliches Machtinstrument, um die Regierungen der Nationalstaaten für diese Initiative zu gewinnen. So ließ ein Mitglied des Delors-Kabinetts damals verlauten: „Wir sehen in dieser Gruppe eine nützliche Ansammlung von Leuten, die sehr mächtig und dynamisch sind. Sie versorgen uns mit Ideen; und falls notwendig, können sie, um ihr Anliegen vorzutragen, ihren eigenen Regierungschef anrufen“ (zit. n. Merritt 1986: 22).

Im Bereich der wirtschaftlichen und monetären Integration Europas scheint es eindeutig, daß der ERT das Agenda-Setting sehr erfolgreich gestaltet hat: So sind die wichtigsten Prioritäten der transeuropäischen Wirtschaft bereits realisiert worden oder stehen ganz oben auf der europäischen Tagesordnung. Durch den Bericht *Reshaping Europe*, der im Dezember 1991, d.h. am Vorabend des europäischen Gipfeltreffens in Maastricht publiziert wurde und der sich leidenschaftlich für die Währungsunion einsetzte, wird dies bestens illustriert. Im Abschnitt über die Währungsunion ließ er dabei verlauten, daß „die Zeit dafür gekommen ist, das Ziel einer gemeinsamen europäischen Währung festzuschreiben, da diese eine wesentliche Bedingung dafür darstellt, den vollen Ertrag des Binnenmarktes sicherzustellen. Das Geld bildet die pulsierende Ader eines jeden ökonomischen Systems. Eine einzige, starke und stabile Währung ist eine Notwendigkeit für den gemeinsamen Markt nach 1992“ (ERT 1991: 46). Hierbei wurden, indem man direkt auf jene Punkte Bezug nahm, die während des Gipfels in Maastricht zur Debatte standen, folgende Forderungen formuliert:

1. Wir benötigen ein verbindliches Bekenntnis zum Endziel einer gemeinsamen Währung, so daß die Industrie mit ihren Planungen bereits jetzt beginnen kann.
2. Wir benötigen die Einsicht in die Dringlichkeit dieses Unterfangens.
3. Wir benötigen einen klaren und unzweideutigen Zeitplan.
4. Wenn eine stabile Währung das übergeordnete Ziel darstellt, so bedarf es eines Zentralbanksystems, das stark und unabhängig genug ist, dies sicherzustellen.
5. Die Regierungen müssen sich selbst verpflichten, die hierzu notwendigen Vorbedingungen einzuhalten – eine feste Position gegen die Inflation, die vollkommene Ablehnung der Finanzierung von Haushaltsdefiziten und eine anhaltende Konvergenz der Wirtschaftspolitik –, und sie müssen dazu bereit sein, eine verbindliche Disziplin zu akzeptieren, damit diese Zielsetzungen glaubwürdig sind (vgl. ebd.).

Es ist nicht schwierig zu erkennen, daß diese Forderungen mit den im Maastrichter Vertrag festgehaltenen Ergebnissen des Gipfeltreffens weitgehend übereinstimmen.

Die vormals recht umfassende Vision des ERT ist seit 1991 hauptsächlich aus diesen Gründen – d.h. der Realisierung der zwei wichtigsten Zielsetzungen: die Vollendung des Binnenmarktes und die Schaffung einer gemeinsamen Währung – auf das Konzept der Wettbewerbsfähigkeit eingeeengt worden. Sicher, in den Bemühungen um die Wettbewerbsfähigkeit spiegelte sich schon immer, d.h. seit der Gründung des ERT im Jahr 1983, ein zentrales Interesse. Während der ersten Jahre waren die Lösungsvorschläge, mit denen die Probleme der europäischen Industrie überwunden werden sollten, jedoch in erster Linie regional angelegt.¹¹ Die Verschiebungen können durch Entwicklungen, die sich im Anschluß an das Projekt Europa '92 vollzogen, illustriert werden.

Das erste Projekt des ERT stieß in der gesamten Gemeinschaft auf die allgemeine Zustimmung von Wirtschaftskreisen und Regierungen. Die Wachstumseffekte und die neoliberale Ausrichtung paßten sehr gut zu einer Strategie, die primär von jenen Gruppen verfochten wurde, die mit ausländischen Produzenten von Handelswaren für den europäischen Markt in Konkurrenz standen (vor allem die europäische Elektronik- und Automobilindustrie; vgl. Frieden 1991, Holman 1992: 16). Aus dieser

¹¹ Durch die Orientierung auf regionale Lösungen war von vornherein nicht ausgeschlossen, daß sich auf der europäischen Ebene neue Politikfelder herausbildeten und die europäischen Institutionen an Macht gewannen. Während der zweiten Hälfte der 80er Jahre waren die Zielsetzungen des ERT mit den Ambitionen der Delors-Kommission daher weitgehend kompatibel.

Sicht ging es vor allem darum, sich den Herausforderungen durch Japan und die asiatischen Tiger zu stellen. Nachdem man sich auf die Einheitliche Europäische Akte geeinigt hatte, versuchte eben diese Gruppe von transnationalen Firmen, die das Rückgrat des ERT bildeten, über den freien Wettbewerb innerhalb des gemeinsamen Marktes hinaus zu gelangen. Der ERT wandelte sich vorübergehend tatsächlich in eine Wirtschaftslobby für mehr Staatsintervention, d.h. für staatliche Hilfe (Subventionen und politische Unterstützung) im Kampf gegen ausländische Konkurrenten. Für den Fall, daß diese nicht durch die nationalen Regierungen erbracht werden konnte, wandte sich die europäische Wirtschaft an die Gemeinschaft (vgl. *The Economist*, 8. Juni, 1991). So wurden einige Versuche unternommen, den Prozeß der Entscheidungsfindung in der EG in Richtung einer aktiveren gemeinsamen Industriepolitik und einer restriktiveren Handelspolitik zum Schutz spezifischer industrieller Sektoren zu beeinflussen. Die meisten dieser Bemühungen scheiterten jedoch wegen der scharfen Opposition, vor allem seitens der britischen und deutschen Regierung, gegen die Umwandlung der EG in eine „Schutzzone“. Nur die französische Regierung schien darauf vorbereitet, einige der von der Elektronik- und Automobilindustrie aufgestellten Forderungen zu unterstützen.

Im Zusammenspiel mit der beschleunigten globalen Restrukturierung nach 1989 haben die gescheiterten Versuche, die Entscheidungen der Gemeinschaft im Bereich der Industrie- und Handelspolitik zu beeinflussen, dazu geführt, daß sich die Zusammensetzung des ERT wie auch seine allgemeine Orientierung gewandelt haben.¹² Tatsächlich sahen sich jene Unternehmen, die sich vergeblich um öffentliche Unterstützung bemüht haben, dazu gezwungen, sich selbst zu restrukturieren, um den Anforderungen der globalen Konkurrenz nachzukommen. In den Überlegungen zur gewandelten Orientierung des ERT in der Periode von 1988 bis 1992 betont Frans Andriessen, ein ehemaliger EG-Kommissar, gerade diesen Punkt: „Zunächst waren die Franzosen – die schon immer eine protektionistische Perspektive hatten – ziemlich dominant in Europa. Hernach wurde der deutsche und englische Einfluß jedoch stärker. Ein Mann wie Davignon hatte eher starke protektionistische Überzeugungen. Auch Wisse Dekker (der damalige Vorstandsvorsitzende von Philips und Vorsitzender des ERT in den späten 80er Jahren, O.H.) wandte sich mit der Bitte um Schutz vor japanische Konkurrenten an die Regierung. In der Konsequenz der fortschreitenden Globalisierung verkehrten sich derartige Neigungen jedoch ins Gegenteil. Denn mittlerweile sind auch diese Unternehmen so multinational, daß für sie eine protektionistische Politik auf europäischer Ebene kontraproduktiv sein würde. Einen

¹² Zur veränderten Zusammensetzung des ERT, insbesondere seiner Expansion von den siebzehn Gründungsmitgliedern zu den vierzig Mitgliedern im Jahr 1991 – einschließlich einer beträchtlichen Zahl von sog. „exportorientierten Weltmarkt-Produzenten“ oder auch „Global Players“ – vgl. Van Apeldoorn/Holman 1994; Holman 1996; und ausführlicher Apeldoorn 1998.

Großteil ihres Umsatzes machen sie nämlich außerhalb Europas“ (zit. nach *Intermediar*, 17. Februar 1998).

Im Ergebnis dieser Entwicklungen, vor allem nach 1991, kann festgestellt werden, daß die Interessen und Zielsetzungen des ERT auf der einen und die Strategie von Jacques Delors (der zunehmend isoliert wurde) auf der anderen Seite divergierten. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang ein Vergleich zwischen der Präsentation des Weißbuchs von 1985 und des Delors-Weißbuchs zu „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ im Dezember 1993. In beiden Fällen hat der ERT, was den Gegenstand – d.h. die Vollendung des Binnenmarktes und die Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung der europäischen Ökonomie – anbetrifft, seine strategische Position dargelegt, indem er Berichte publizierte und an die relevanten politischen Akteure herantrat. Zuletzt stimmten die „Weltsichten“ jedoch in wesentlichen Punkten nicht mehr überein. Dies ist maßgeblich darauf zurückzuführen, daß sich der ERT in den letzten Jahren beharrlich nur noch auf den Schwerpunkt der Wettbewerbsfähigkeit konzentriert.

In mehreren Berichten betont der ERT unzweideutig die Notwendigkeit einer weiteren Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte. Die Ursachen für die strukturelle Arbeitslosigkeit und die geringe Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums sind in Europa, so die unterbreitete Analyse, hauptsächlich institutionellen Rigiditäten und dem hohen sozialen Absicherungsniveau geschuldet. In diesem Sinne ist es unerlässlich, das Arbeitsangebot zu fördern und zu flexibilisieren, um eine größere Lohndifferenzierung sowie anpassungsfähigere und, falls erforderlich, niedrige Löhne und Lohnnebenkosten zu ermöglichen.¹³ Oder wie der ERT 1993 in dem Bericht über *European Labour Markets* formulierte: „(...) selbst schmerzhaft Maßnahmen sollen unter der Voraussetzung, daß sie zu einer nachhaltigen Verbesserung der Arbeitslosigkeitsproblematik beitragen, sozial akzeptabel werden“ (ERT 1993b: 2).

Offenbar kann die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie nur durch Anpassungen auf der Angebotsseite wieder hergestellt werden, da „nur ein gesunder, effizienter und wettbewerbsorientierter privater Sektor dazu in der Lage ist, genügend Arbeitsplätze anzubieten“ (ebd.: 9). Alle übrigen Entscheidungen innerhalb der Europäischen Union müssen sich vor diesem alles bestimmenden Ziel behaupten können. Der ERT hat in diesem Zusammenhang in den Jahren 1993 und 1994 vorgeschlagen, ein „Beratungsgremium zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit“ (European Competitiveness Advisory Group) einzurichten. Diese soll gleichsam als „eine Art Wachhund fungieren, indem sie die politischen Vorschläge und neuen Regulie-

¹³ Diese Themen kehren in den verschiedenen Berichten, die der ERT zu den europäischen Arbeitsmärkten in den 90er Jahren publiziert hat, immer wieder (vgl. ERT 1993a, 1993b, 1994 und zuletzt ERT 1997).

rungen hinsichtlich des Kriteriums der internationalen Wettbewerbsfähigkeit überprüft“ (ERT 1994: 3). Im Jahr 1995 ist dieses Beratungsgremium dann etabliert worden, um Fragen der Wettbewerbsfähigkeit ganz oben auf der EU-Agenda zu platzieren.

Durch dieses zuletzt aufgeführte Beispiel wird ein allgemeines Muster, das den ERT in den fünfzehn Jahren seit seiner Einrichtung charakterisiert hat, nochmals bestätigt: In strategischen Augenblicken – vorzugsweise im Vorfeld einer wichtigen Sitzung des Europäischen Rates – veröffentlicht der ERT Berichte oder Memoranden mit sehr konkreten Prioritäten und Vorschlägen im Hinblick auf die Politik der EU. Diese Berichte werden den europäischen und nationalen Zentren der politischen Entscheidungsfindung zugesandt. Gleichzeitig werden diese Berichte während der regulären Treffen mit dem Präsidenten und verschiedenen Mitgliedern der europäischen Kommission diskutiert. Darüber hinaus werden Kontakte mit dem Regierungschef und den Ministern jenes Mitgliedsstaates hergestellt, der gerade die Präsidentschaft der Europäischen Union inne hat. Letzteres gehört bereits zu einem festen Ritual des ERT. So kommen alle Mitglieder des ERT mindestens zweimal im Jahr zu einer Vollversammlung zusammen, die jeweils kurz vor dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates stattfindet. Für diese Sitzung ist der Regierungschef jenes Landes, das gerade die Präsidentschaft ausübt, zu „einem informellen Austausch von Ideen“ eingeladen.

Als eine Interessengruppe von gegenwärtig 46 Vorstandsvorsitzenden, die transnationale Unternehmen mit einem Gesamtumsatz von über 550 Mrd. ECU und weltweit mehr als drei Millionen Beschäftigten vertreten, bildet der ERT zweifelsohne einen Machtfaktor, mit dem auf der europäischen Ebene zu rechnen ist. Dies wurde einmal mehr offensichtlich im Laufe der 1996 begonnenen Regierungskonferenz. Zuvor hatte der ERT im Juni 1995 ein Arbeitspapier mit dem Titel *The Intergovernmental Conference and the Competitiveness of Europe* publiziert. In diesem Dokument wurden fünf Kriterien aufgestellt, auf deren Grundlage die politischen Vorschläge hinsichtlich ihrer Konsequenzen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit überprüft werden können. Die Regierungskonferenz soll demzufolge politische Empfehlungen festhalten,

- die die Stabilität und Verlässlichkeit von Strukturen erhöhen (Institutionen und Regulierungen), die für Wirtschaftsoperationen bedeutsam sind;
- die zu einem effektiven und dauerhaften Währungssystem beitragen;
- die die Möglichkeiten für Europa erweitern – speziell durch die schnelle Aufnahme der osteuropäischen Länder, allerdings nicht auf Kosten einer gleichfalls erstrebenswerten weltweiten Öffnung;
- die die Handlungsmöglichkeiten der EU verbessern;

- die insgesamt zu weniger und nicht zu mehr Regulation führen.

In der Zwischenzeit hat es einige Treffen mit Carlos Westendorp, dem Vorsitzenden der Regierungskonferenz, mit Jacques Santer, dem Präsidenten der Europäischen Kommission, und mit einer Reihe nationaler Politiker gegeben. Die Delegation des ERT wurde dabei angeführt von Helmut Maucher, dem Vorstandsvorsitzenden von Nestlé und seit Januar 1996 Präsident des ERT. In den Gesprächen ging es hauptsächlich wieder darum, der absoluten Priorität einer wettbewerbsfähigen europäischen Industrie Nachdruck zu verleihen.¹⁴

In diesem Zusammenhang ist interessant, daß Helmut Maucher bis vor kurzem der Vorsitzende der *ERT-Arbeitsgruppe Beschäftigung* war. Innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs war er dabei unter anderem für den Bericht über den europäischen Arbeitsmarkt von 1993 verantwortlich. Wie bereits angedeutet, enthält dieser Bericht – was die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und die angebotsorientierte Verbesserung der europäischen Ökonomien anbetrifft – eine ganze Reihe von recht expliziten politischen Empfehlungen. Zudem attackierte er die Sozialcharta – „mit dem ihr eigenen Risiko eines unkontrollierten Schwungs in Richtung eines sozialen Interventionismus“¹⁵ – und den Vorschlag, europäische Betriebsräte einzurichten (vgl. ERT 1993b: 12/13). Schließlich bringt der Report auch noch die scharfe Opposition des ERT gegen alle jene Vorschläge zum Ausdruck, über die eine europäische Beschäftigungspolitik geschaffen werden soll. „Die Erfahrung zeigt, daß detaillierte bürokratische Regulierungen von oben nach unten und ein übermäßig zentralisierter Einfluß den strukturellen Wandel deutlich verlangsamen. (...) Auf der Ebene der Gemeinschaft kann nur wenig unternommen werden, um das Problem der Arbeitslosigkeit direkt zu lösen“ (ebd.: 9). Der Bericht verlangt daher – was die Arbeitsmarktpolitik anbetrifft – eine strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips.

Erst kürzlich hat der ERT über seinen Generalsekretär Keith Richardson, seine Opposition gegen eine aktive Beschäftigungspolitik auf der europäischen Ebene nochmals zum Ausdruck gebracht. Aus seiner Sicht soll die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie gestärkt werden, „indem die Möglichkeiten dafür, ein inte-

¹⁴ So die Ergebnisse eines Gesprächs, das am 2. Februar 1996 mit Keith Richardson, dem Generalsekretär des ERT, und Caroline Walcott, seiner Assistentin, geführt wurde.

¹⁵ Das nachfolgende Zitat ist sehr typisch für das dem Bericht zugrunde liegende Denken: „Die Mitglieder der Europäischen Kommission haben kürzlich, indem sie die Verlagerung einer Produktionsstätte von Frankreich nach Schottland als Sozialdumping und ‚Arbeitsplatzwilderei‘ kritisiert hatten, einen Eindruck davon gegeben, wie die EG ihre erweiterte Autorität in sozialen und Beschäftigungsfragen auszufüllen gedenkt. Für uns ist eine solche Interpretation der Umsiedlung von Wirtschaftsaktivitäten gefährlich, und wir warnen vor einer solchen Denkweise. Keine Mehrdeutigkeit sollte es auch in bezug auf die wirtschaftlichen Kosten der Sozialcharta geben. So fällt es schwer, den Versicherungen der Kommission Glauben zu schenken, daß durch diesen neuen regulativen Ordnungsrahmen für die Industrie keine signifikanten Kosten entstehen. Denn entweder haben diese Regelungen überhaupt keine Auswirkungen auf die direkten und indirekten Arbeitskosten, dann handelt es sich schlicht um Propaganda; oder sie haben Auswirkungen dahingehend, daß sich die Beschäftigungsmöglichkeiten, insbesondere in schwachen Regionen und Industrien, verschlechtern“ (ERT 1993b: 13).

griertes System einer freien Marktwirtschaft mit einem *Maximum an Flexibilität und einem Minimum an Regulation* zu errichten, verbessert werden“ (Richardson 1997: 64). Und nochmals deutlicher: „(...) Arbeitsplätze können nicht dadurch geschaffen werden, daß Gesetze verabschiedet werden oder ein neuer Abschnitt oder ein neues Kapitel in den Vertrag eingefügt wird. Dringend erforderlich ist vielmehr die Deregulierung der Arbeitsmärkte und eine bessere Bildung und Ausbildung. Neue Arbeitsplätze werden sich dann aus dem von der Wirtschaft initiierten ökonomischen Wachstum und der allgemeinen Wohlstandsmehrung ergeben“ (ebd.: 65).

Die verschiedenen Quellen des ERT werden hier nicht mit der Absicht zitiert, ein einfaches Muster von Ursache und Wirkung zu unterstellen. Die andauernde Opposition des ERT gegen jegliche Form der supranationalen Regulation und gegen eine aktive Beschäftigungspolitik ist keineswegs der einzige Faktor, der die Abwesenheit einer solchen Politik auf der EU-Ebene erklärt. Es läßt sich jedoch behaupten, daß der europäische Entscheidungsprozeß im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion der europäischen Wirtschaft bislang nicht das kleinste Hindernis in den Weg gelegt hat. Obwohl die Mitgliedsstaaten z.B. darin übereingekommen sind, in den Amsterdamer Vertrag ein Beschäftigungskapitel aufzunehmen, wird aufgrund des unverbindlichen Inhalts die bereits zuvor zitierte Bewertung des ERT bestätigt: „es handelt sich schlicht um Propaganda“ (vgl. Fußnote 15).

Trotz vieler anderer Einflüsse, wollen wir die Bedeutung des ERT aber auch nicht herunterspielen. Die sehr enge Beziehung, die sich zwischen dem ERT und der Europäischen Kommission während der Präsidentschaft von Jacques Delors herausgebildet hat, ist mittlerweile gut dokumentiert (vgl. Cowles Green 1994). Hierbei wird überzeugend gezeigt, daß es der ERT war, der das Binnenmarktprogramm in der zweiten Hälfte der 80er Jahre auf Kurs hielt. In die Gestaltung der Initiativen in Maastricht und auch danach war der ERT – wenn es um Fragen der Währungsunion und die makroökonomische Stabilität ging – stets involviert. Seine Überlegungen, in denen es immer wieder auch um die Flexibilisierung und Deregulierung der europäischen Arbeitsmärkte zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie ging, haben die Richtung dieser Initiativen weitgehend bestimmt. Kurzum, der ERT spielte die Rolle des Agenda-Setters sehr erfolgreich, was noch dadurch bestärkt wurde, daß er in strategisch wichtigen Momenten ein aktives Lobbying auf der nationalen und europäischen Ebene betrieb. Wenn notwendig, vermochte der ERT den europäischen Regierungen auch zu drohen, wie in der Pressemitteilung des vom ERT eingerichteten Komitees zur Unterstützung des Binnenmarktes vom 24. Juni 1987:

„Wenn sich der Fortgang in der Implementierung des europäischen Marktes weiterhin so langsam vollzieht wie gegenwärtig, wird es sich nicht vermeiden lassen, daß die europäischen Industrien, um wettbewerbsfähig zu bleiben, ihre langfristigen

Strategien überdenken und die industriellen Investitionen möglicherweise in andere Gebiete außerhalb Europas umlagern“ (zitiert nach Cowles Green 1993: 44).

Dieses Zitat kann als ein Beispiel dafür betrachtet werden, wie das Verhalten der Regierungen durch die strukturelle Macht des mobilen transnationalen Kapitals konditioniert wird (vgl. Gill 1990: 113/114). Darüber hinaus gibt es jedoch noch weitere Faktoren, über die die Abwesenheit der sozialen Regulation auf der EU-Ebene erklärt werden kann.

Erstens läßt sich die Fragmentierung in Europa unter anderem durch die Existenz unterschiedlicher sozialer Sicherungs- und Wohlfahrtsarrangements sowie verschiedene Praktiken im Bereich der industriellen Beziehungen und der Tarifverhandlungen erklären. Wenn diese historisch determinierten Unterschiede zwischen den nationalen sozialen Systemen durch die Einführung einer europäischen regulativen Politik in Angriff genommen werden sollen, müssen die nationalen Regierungen einen Teil ihrer Souveränität abtreten. Von den hiermit verbundenen ideologischen Gesichtspunkten einmal abgesehen, hat die Geschichte der europäischen Integration auch in den letzten Jahren gezeigt, daß sich die Mitgliedstaaten einer solchen Souveränitätsabtretung eher widersetzen (vgl. Rhodes 1991).

Zweitens sind die nationalen Regierungen vor dem Hintergrund des „austeritätspolitischen Wettrennens“, das nach Maastricht zwischen den Mitgliedstaaten stattfindet, nicht bereit auf der europäischen Ebene neue Beschäftigungsinitiativen zu finanzieren. Grundsätzlich haben die disziplinierenden neoliberalen Arrangements, die in Maastricht beschlossen wurden, eindeutig negative Auswirkungen auf die Beschäftigungsentwicklung.

Und schließlich erklärt sich nicht nur das Fehlen einer „sozialen Dimension“ in der EU, sondern auch der beinahe unbeschränkte Handlungsspielraum einer kleinen, jedoch mächtigen und effektiven Interessengruppe wie den ERT dadurch, daß es keine starke, gut organisierte Gegenkraft auf der europäischen Ebene gibt. Dies zeigt sich vor allem in der nur schwachen transnationalen Organisation der abhängig Beschäftigten. Der wichtigste internationale Spitzenverband der nationalen Gewerkschaftsbewegungen in Europa, der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB), sieht sich mit einer Reihe von Hindernissen konfrontiert, die von organisatorischen Problemen (Unterschiede in der allgemeinen Repräsentation und Unterstützung der Arbeiter, die interne – industrielle, berufliche und politische – Fragmentierung auf der nationalen Ebene etc.) bis hin zu politischen und ideologischen Differenzen reichen (vgl. Visser/Ebbinghaus 1992). Die Schwäche der transnationalen Repräsentation von Arbeiterinteressen wird dabei zunehmend problematischer, wie die wirtschaftliche und monetäre Integration in Europa darauf hinwirkt, die nationale Autonomie in sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten zu unterminieren.

Gleiches gilt dann folglich auch für die Fähigkeit der Gewerkschaften, sich der neoliberalen Restrukturierung auf der nationalen Ebene entgegenzustellen.

Der Mangel an transnationaler Solidarität zwischen den Interessenvertretungen der Beschäftigten in Europa ist nicht nur einer der Gründe für das soziale Defizit in der EU, er erklärt auch die unangreifbare (und weitgehend unumstrittene) Position der organisierten Wirtschaftsinteressen auf der europäischen Ebene. Dies verdeutlicht insbesondere die Diskussion über die Osterweiterung. Die europäischen Gewerkschaften sind hier praktisch abwesend, während der ERT, angesichts der schwachen Arbeiterinteressen mehr als bereit ist, seinen Einfluß zu nutzen.

In einem Brief vom 1. Dezember 1997, der an die Staats- und Regierungschefs aller 15 EU-Länder ging, schlug der ERT in bezug auf die EU-Erweiterung einen umfassenden Aktionsplan vor. Der Grund für die Versendung dieser Botschaft liegt auf der Hand. So möchten die Mitglieder des ERT „ihre Überzeugung zum Ausdruck bringen, daß die Erweiterung eine einmalige Gelegenheit dafür eröffnet, die Wettbewerbsfähigkeit und Prosperität der gesamten europäischen Ökonomie (der bestehenden EU-Mitglieder wie auch der neuen Kandidaten) zu verbessern; allerdings unter der Voraussetzung, daß dies auf der Grundlage starker wirtschaftlicher Prinzipien – dem freien Wettbewerb und offenen Märkten – erfolgt.“ Da die Erweiterung einen Prozeß darstellt, in dem es grundsätzlich nur Gewinner gibt, verlangt der ERT vom Europäischen Rat, daß dieser in den Beitrittsverhandlungen die hierzu erforderlichen politischen Impulse gibt. Denn schließlich ist die europäische Wirtschaft „darüber besorgt, daß durch die zögerliche Haltung einiger politischer Führer unsere Partner und neue Investoren entmutigt werden und die Integration hinausgeschoben wird. Die wirtschaftlichen Vorteile der Erweiterung werden im allgemeinen unterschätzt. Unseres Erachtens wird die radikale ökonomische Transformation in den potentiellen Beitrittsländern dazu führen, daß ihre Exportfähigkeit erhöht, ihr Lebensstandard angehoben und den Importen und Investitionen aus dem Westen ein gewaltiger Schub gegeben wird.“ Die Erweiterung sollte für die Mitgliedstaaten von daher eine der maßgeblichen Prioritäten darstellen. Gleichwohl beeilt sich der ERT hinzuzufügen, daß die Vertiefung eine hierfür unablässige Voraussetzung bildet. Im großen und ganzen wird die Vertiefung dabei als ein Prozeß verstanden, in dem der Binnenmarkt vollendet und die Deregulierung weiter vorangetrieben wird: „Um die Verhandlungen zu erleichtern, hat die EU zunächst die Pflicht, die eigenen unabgeschlossenen Vorhaben abzuschließen. Der Binnenmarkt muß vollendet werden, da der freie Warenverkehr selbst zwischen den derzeitigen Mitgliedstaaten noch durch zu viele Hindernisse erschwert wird. Die Regulierungen sollten in diesem Sinne weiter vereinfacht werden. Und um sicherzustellen, daß eine Union von 25 Mitgliedstaaten effektiv verwaltet werden kann, sollten die Institutionen und die Mechanismen der Entscheidungsfindung verbessert werden.“

Neben der sehr dringenden institutionellen Reform muß die Revision der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und die Regionalpolitik „Priorität haben, ohne dies als eine Entschuldigung dafür zu mißbrauchen, die Erweiterung zu verzögern.“ Obwohl sich der ERT deutlich bedeckter hält, wenn es darum geht, Vorschläge für die Richtung der anstehenden Revision zu unterbreiten, gibt das abschließende Zitat doch einige Hinweise: „Die lokalen Schwierigkeiten sollen dort angegangen werden wo sie auftreten und den allgemeinen Prozeß der Erweiterung nicht verlangsamen.“

Diese Sichtweise der „Vertiefung“ der europäischen Integration stimmt mit der derzeitigen Richtung, in die einige Mitgliedstaaten die EU zu drängen versuchen, weitgehend überein. Seit der Regierungskonferenz von 1996 wird die Debatte über die Vertiefung versus Erweiterung im allgemeinen als ein „Dilemma“ betrachtet. Tatsächlich verdeckt dieses „Dilemma“ jedoch die wirkliche Entwicklung. Denn gegenwärtig läuft die Vertiefung darauf hinaus:

- den Prozeß der Entscheidungsfindung zum Vorteil des freien Marktes effizienter zu machen;
- die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und die Deregulierung zu fördern;
- die Ausgleichszahlungen der Struktur- und Kohäsionsfonds zu beschneiden;
- und die GAP zu re-nationalisieren.

Aus den bisherigen Ausführungen (Abschnitt 4 und 5) läßt sich schlußfolgern, daß die Strategien der EU und des ERT insoweit konvergieren, als sie überwiegend darauf abzielen, die MOE-Länder auf die Aufnahme in den europäischen Binnenmarkt vorzubereiten. Grundsätzlich läuft dies darauf hinaus, die entstehenden Märkte in MOE zum Nutzen der – in erster Linie – westeuropäischen Wirtschaft zu öffnen.

Darüber hinaus, dies wurde in Abschnitt 4 genauer ausgeführt, war die finanzielle Unterstützung seit 1989 tatsächlich eher symbolisch, speziell wenn sie mit der Unterstützung der weniger entwickelten EU-Mitgliedsstaaten im Rahmen der Struktur- und Kohäsionsfonds verglichen wird. Mehr noch, den Ländern MOE, die in den kommenden Jahren der EU beitreten werden, ist noch nicht einmal gewiß, daß sie perspektivisch größere Geldsummen erhalten werden. Mit Sicherheit sind sie in keiner Position, um die EU von der „Rationalisierung“ der gemeinsamen Regional- und Agrarpolitik abzuhalten. Wir stoßen hier tatsächlich auf ein zentrales Paradox. Wenn die Erweiterung kurzfristig stattfindet, wird sie sich auf eine EU ohne Kohäsion stützen müssen. In den Bewerberländern wird hierdurch die öffentliche Unterstützung substanziell beeinträchtigt werden. Wenn die Erweiterung auf der anderen Seite nun aber hinausgeschoben wird („der Weg der Verzögerung“), kann es in MOE höchstwahrscheinlich ebenfalls zu einer Stärkung von Anti-EU-Kräften kommen. Das wirkliche Dilemma der EU-Mitgliedstaaten wie auch der Bewerberländer scheint

folglich eher in dem Gegensatz von „Erweiterung versus Kohäsion“ und nicht so sehr in dem von „Erweiterung versus Vertiefung“ zu bestehen.

Dieses Dilemma bildet nun aber den Kontext, in dem die doppelte Transformation in MOE in der nahen Zukunft angegangen werden wird. Das Ergebnis dieser Transformationsprozesse ist dabei keineswegs offensichtlich, und die Strategie der EU trägt kaum mit dazu bei, die Stabilität und Sicherheit in dieser Region zu fördern. Viel wird davon abhängen, welchen Verlauf der Prozeß der sozialen und politischen Restrukturierung nimmt. An weiteren Forschungsfragen besteht somit wahrlich kein Mangel. Welche Überlegungen dabei von Bedeutung sind, soll im abschließenden Abschnitt noch wenigstens umrissen werden.

6. Vorläufige Schlußfolgerungen und Anregungen für die weitere Forschung¹⁶

In einer jeden Bilanz der zurückliegenden Entwicklungen in MOE sollte deutlich zwischen der Zeit vor den Revolutionen von 1989 (der Periode der ökonomischen Stagnation und schwindenden politischen Legitimität), der gegenwärtigen Transformationsperiode (die Zygmunt Bauman als das Stadium der „liminality“ bezeichnet) und schließlich der – bislang allerdings nirgendwo realisierten – demokratischen Konsolidierung unterschieden werden.

In bezug auf die erste Periode werden nur wenige bestreiten, daß ein tieferer Einblick in die Unterschiede im sehr großen Gebiet MOE durch eine stärker qualitativ orientierte Analyse des historischen Prozesses vermittelt werden kann. Das heißt, die Tatsache, daß die Entwicklungen in Rumänien und Bulgarien im Vergleich zur doppelten Transformation in Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn zurückbleiben, kann nur zum Teil durch die Erörterung der Ereignisse und politischen Maßnahmen (oder auch deren Ausbleiben) in den Jahren nach 1989 verstanden werden. Aus dieser Beobachtung ergeben sich dann auch einige Konsequenzen für die Analyse der zweiten Periode, dem „Übergangsstadium“ oder dem Stadium der „liminality“ (vgl. Bauman 1994: 16/17). Dieses Stadium – zwischen der Demontage der alten Strukturen und der gefestigten „Aggregation“ neuer Regeln und Strukturen – ist in großem Maße dadurch charakterisiert, daß aufgrund der unvorhersehbaren Ergebnisse die präzisen Formen und Inhalte des nachfolgenden Stadiums eher ungewiß sind. Mit anderen Worten, im Übergangsstadium wird durch das Zusammenspiel von fragmentierenden und integrierenden Kräften letztlich die Form und der Inhalt der mehr oder weniger stabilen „Aggregation“ in der Phase der Konsolidierung determiniert.

Man ist auf der Grundlage dieser Vermutung nun versucht, auf einen Erklärungsansatz zurückzugreifen, der sich im Glauben, daß die Unterschiede zwischen den einzelnen MOE-Ländern extrem groß und die Entwicklungen relativ einzigartig sind, auf Länderstudien konzentriert. Im besten Fall wird sich ein solcher Ansatz (oder Disziplin) darin erschöpfen, Wissen über einzelne Länder zusammenzutragen, die Frage nach den Ähnlichkeiten in den verschiedenen Regionen des internationalen Systems jedoch weitgehend unberücksichtigt lassen. So hat z.B. die bemerkenswerte Gleichzeitigkeit der Ereignisse in Spanien, Portugal und Griechenland seit den 50er Jahren – die ökonomische Liberalisierung, die soziale und kulturelle Transformation, die politische Transition, internationale Integration –

¹⁶ Diese Ausführungen basieren auf Holman (1997b).

Untersuchungen über den zeitlichen Ablauf und die Art und Weise angestoßen, wie Ländergruppen in internationale (ökonomische und politische) Strukturen einbezogen werden. Überdies sind durch diese Forschung speziell die sozialen Konsequenzen derartiger Integrationsprozesse hervorgehoben worden (vgl. Holman 1996).

Dies führt uns zu einem zentralen Punkt:

- wenn es stimmt, daß der Fortgang der Ereignisse in den einzelnen Ländern zumindest teilweise durch die Prozesse der transnationalen Integration und/oder Exklusion angeleitet wurde;
- und falls die ähnliche Entwicklung (zeitlich und inhaltlich) in den einzelnen Ländern in hohem Maße durch diese Prozesse erklärt werden kann;
- dann sollte sich eine Untersuchung, in der die Bedingungen der Sicherheit und Prosperität in MOE analysiert werden sollen, auf die Art und Weise konzentrieren, auf die die Länder dieser Region nach 1989 in die internationalen Strukturen einbezogen wurden.

Die Erforschung der doppelten Transformation in MOE sollte in erster Linie somit die transnationale Dimension in den Blick nehmen. Ich beziehe mich hier nicht nur auf die Integration MOE in die internationale Kreditwirtschaft der 70er und 80er Jahre – sicherlich einer der wichtigsten Gründe für den Zusammenbruch der kommunistischen Regime im Verlauf der 80er Jahre –, sondern auch auf die Auswirkungen, die die (perspektivische) Aufnahme in die westlichen (z.B. die OECD-Mitgliedschaft) und westeuropäischen Organisationen auf den Prozeß der ökonomischen und politischen Transformation in MOE hat. Welche Konsequenzen ergeben sich z.B. aus einer (zukünftigen) Mitgliedschaft in der OECD oder in der EU für Länder wie Polen, die Tschechische Republik und Ungarn was die Entwicklung von neuen Arrangements der sozialen Sicherheit, die Beschäftigung oder allgemeiner: die soziale Kohäsion anbetrifft? Oder anders formuliert, welche disziplinierenden – und kurzfristig destabilisierenden – Effekte lassen sich als ein Resultat der Einbeziehung in internationale (ökonomische und politische) Strukturen interpretieren; einer Einbeziehung, die aus Sicht der lokalen Eliten als unvermeidbar und wünschenswert erscheint? Wie werden diese Entwicklungen – insbesondere die parallelen Prozesse des sozialen Wandels und der internationalen Integration – die öffentliche Meinung in diesen Ländern beeinflussen? Um für die kommenden Jahre einen Einblick in die Möglichkeiten von Stabilität und Prosperität in MOE zu gewinnen, sind die Antworten auf diese und andere Fragen von entscheidender Bedeutung.

Ein zweites Thema von zentraler Bedeutung ist die Rolle der Eliten im Transformationsprozeß. Wesentlich ist dabei das komplexe Zusammenspiel zwischen den alten Eliten – unabhängig davon, ob sie sich der neuen Umgebung

anpassen oder auch nicht – und den neuen sozialen Klassen. Geht es den „post-1989“ Eliten um kurzfristige persönliche Gewinne (in Form von Macht und/oder Geld) oder verstehen sie es, ihr eigenes spezifisches Interesse als „allgemeines Interesse“ darzustellen – d.h. die unterschiedlichen Weltbilder in einer solchen Art und Weise zu artikulieren, daß ihr potentieller Antagonismus neutralisiert wird (vgl. Abschnitt 3) –, um eine langfristige Stabilität sicherzustellen? Mit anderen Worten, realisieren die dominanten sozialen und politischen Kräfte in MOE, daß die Konsolidierung von stabilen Marktwirtschaften und parlamentarischen Demokratien von einem gewissen Grad der sozialen und politischen Kohäsion abhängt? Ein Vergleich mit Südeuropa legt dabei nahe, daß eine transnationale Verschmelzung dieser sog. „neuen Eliten“ mit ihren Gegenspielern in Westeuropa von ausschlaggebender Bedeutung sein kann für die Entwicklung von modernen Formen der Interessenvermittlung und politischer Dominanz.

Ein drittes, eng mit dem vorherigen verbundenes Thema ist die Entwicklung von sich selbst-stabilisierenden Zivilgesellschaften in MOE. Die Forschung sollte sich damit befassen, welche Rolle die politischen Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen etc. bislang in der doppelten Transformation eingenommen haben. Zudem sollte aber auch die Bedeutung erörtert werden, die westlichen Organisationen und Institutionen für die Entstehung und weitere Entwicklung der Zivilgesellschaften in MOE zukommt. Von entscheidender theoretischer Bedeutung ist die Analyse der grenzüberschreitenden Verflechtungen, über die die volle Integration der MOE-Länder in das Lock'sche Kerngebiet der transnationalen Produktion erleichtert wurde.

Viertens schließlich bedarf es einer expliziten Analyse der wechselseitigen Beziehungen zwischen den Prozessen der ökonomischen und politischen Transformation. Wie bereits oben angedeutet, besteht zwischen dem wirtschaftlichen Wandel auf der einen und der Demokratisierung auf der anderen Seite keine einfache, lineare Korrelation. Die beiden Dimensionen werden durch die Prozesse der sozialen Transformation – d.h. dem sozialstrukturellen Wandel, der Entstehung einer „neuen Mittelklasse“, Industrialisierung und Urbanisierung etc. – miteinander vermittelt. Diese „indirekte Kausalität“ zwischen der wirtschaftlichen Restrukturierung und der politischen Modernisierung ist von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, mit den (zum Teil) extern auferlegten Programmen der makroökonomischen Stabilisierung, der internen und externen Liberalisierung sowie der derzeit umgesetzten Privatisierung in MOE fertig zu werden. Eigentlich ist es überflüssig hinzuzufügen, daß die sozialen Konsequenzen der neoliberalen Restrukturierung (steigende Erwerbslosigkeit, sinkenden Lebensstandards, die Demontage der sozialen Sicherungssysteme) möglicherweise radikale Auswirkungen auf die Stabilität und Sicherheit in der Region haben werden. Die Entwicklungen in Ländern wie Bulgarien und Rumänien haben dies erst kürzlich vor Augen geführt.

7. Literatur

- Agh, A. (1998): *The Politics of Central Europe* (London: Sage).
- Apeldoorn, B. van (1998): *Transnational Capitalism and the Struggle over European Order*, Ph.D.diss (Florence: European University Institute).
- Apeldoorn, B. van/Holman, O. (1994): *Transnational class strategy and the relaunching of European integration: the role of the European Round Table of Industrialists*, paper for the 34th ISA Annual Conference, 28. März – 1. April (Washington D.C.).
- Atlantische Commissie (1995): *Stabiliteit en Integratie. De Veiligheidspolitieke Betrekkingen met Midden- en Oost-Europa* (Den Haag).
- Bauman, Z. (1994): „After the patronage state: a model in search of class interests“; in: C.G.A. Bryant/E. Mokrzycki (eds.): *The New Great Transformation? Change and Continuity in East-Central Europe* (London: Routledge).
- Berend, I.T. (1996): *Central and Eastern Europe 1944-1993. Detour from the periphery to the periphery* (Cambridge: Cambridge University Press).
- Bryant, C.A.G./ Mokrzycki, E. (eds.) (1994): *The New Great Transformation? Change and Continuity in East-Central Europe* (London: Routledge).
- Cowles Green, M. (1993): *The Politics of Big Business in the Single Market Program*, Paper prepared for the European Community Studies Association Third Biennial International Conference, 27. May (Washington D.C.).
- Cowles Green, M. (1994): *The Politics of Big Business in the European Community: Setting the Agenda for a New Europe*, Ph. D.diss. (Washington: The American University).
- Cox, R. (1983): „Gramsci, hegemony and International Relations: An Essay in Method“; in: *Millenium: Journal of International Studies*, Vol. 12, No. 2.
- Cox, R. (1987): *Production, Power and World Order. Social Forces in the Making of History* (New York: Columbia University Press).
- Cox, R. (1996): „Social forces, states and world orders: beyond international relations theory“; in: R.O. Keohane (ed.): *Neorealism and its Critics* (New York: Columbia University Press).
- Cuadra, B./Gallego-Díaz, S. (1981): *Del Consenso al Desencanto* (Madrid: Saltés).
- Dinan, D. (1994): *Ever Closer Union? An Introduction to the European Community* (London: Macmillan).
- ERT (1985): *Changing Scales. A review prepared for the Roundtable of European Industrialists* (Paris: ERT, June).
- ERT (1986): *Making Europe Work* (Paris: ERT).
- ERT (1989): *European Labour Markets. Employment Policies in Europe for the 1990s* (Brüssel: ERT).

- ERT (1991): Reshaping Europe. A Report from the European Round Table of Industrialists (Brüssel: ERT, September).
- ERT (1993a): Beating the Crisis. A Charter for Europe's Industrial Future (Brüssel: ERT, November).
- ERT (1993b): European Labour Markets. An Update on Perspectives and Requirements for Job Generation in the Second half of the 1990s (Brüssel: ERT, Oktober).
- ERT (1994): European Competitiveness. The Way to growth and Jobs (Brüssel: ERT, November).
- ERT (1997): A Stimulus to Job Creation. Practical partnerships between large & small companies (Brüssel: ERT, März).
- European Commission (1995): White Paper. Preparation of the associated countries of Central and Eastern Europe for integration into the internal market of the Union, Com (95) 163 final (Brüssel, 3. May).
- European Commission (1997): Agenda 2000. For a Stronger and Wider Union, Com(97) 2000 final (Brüssel, 15. Juli).
- Frieden, J.A. (1981): „Invested Interests: The Politics of National Economic Policies in a World of Global Finance“; in: International Organization, Vol. 45, No. 4.
- Giddens, A. (1981): A Contemporary Critique of Historical Materialism (London: Macmillan).
- Gill, S. (1990): American Hegemony and the Trilateral Commission (Cambridge: Cambridge University Press).
- Gill, S. (1993): „Introduction“; in: S. Gill (ed.): Gramsci, Historical Materialism and International Relations (Cambridge: Cambridge University Press).
- Gramsci, A. (1997): Selections from the Prison Notebooks (New York: International Publishers).
- Ham, P. van (1993): The EC, Eastern Europe and European Unity. Discord, Collaboration and Integration Since 1947 (London: Pinter).
- Holman, O. (1992): „Introduction. Transnational Class Strategy and the New Europe“; in: O. Holman (ed.): European Unification in the 1990s: Myth and Reality, International Journal of Political Economy (special issue), Vol. 22, No. 1.
- Holman, O. (1995): Transformatieprocessen in Midden- en Oost-Europa. De internationale dimensie (Den Haag: WRR).
- Holman, O. (1996): Integrating Southern Europe. EC Expansion and the Transnationalisation of Spain (London: Routledge).
- Holman, O. (1997a): „De verborgen agenda: de Intergouvernementele Conferentie van 1996 en de oostwaartse uitbreiding van de Europese Unie“; in: O. Holman (ed.): Europese dilemma's aan het einde van de twintigste eeuw. Democratie, Werkgelegenheit, Veiligheit, Immigratie (Amsterdam: Het Spinhuis).

- Holman, O. (1997b): „Stabiliteit en veiligheid in Midden- en Oost-Europa. Einige aandachtspunten voor verder onderzoek“; in: B. Tromp, O. Holman et al.: *Nederland en Oost-Europa: theorie en praktijk* (Den Haag: Instituut Clingendael).
- Holman, O. (1997c): „Oost-Europa is niet bij voorbaat beter af met EU“; in: *de Volkskrant*, 15. Februar.
- Köves, A. (1992): *Central and East European Economies in Transition. The International Dimension* (Boulder/Oxford: Westview Press).
- Kramer, H. (1993): „The European Community's Response to the New Eastern Europe“; in: *Journal of Common Market Studies*, Vol. 31, No. 2.
- Laclau, E. (1977): *Politics and Ideology in Marxist Theory. Capitalism, Fascism, Populism* (London: Verso).
- Mastropasqua, C./Rolli, V. (1994): „Industrial Countries' Protectionism with respect to Eastern Europe: the impact of the Association Agreements concluded with the EC on the Exports of Poland, Czechoslovakia and Hungary“; in: *The World Economy*, Vol. 17, No. 2.
- Meritt, G (1986): „Knights of the Roundtable: Can They Move Europe Forward Fast Enough?“; in: *International Management*, 26. July.
- Moravscik, A. (1991): „Negotiating the Single European Act: National Interests and Conventional Statecraft in the European Community“; in: *International Organization*, Vol. 31, No. 4.
- Moravscik, A. (1993): „Preferences and Power in the European Community: a Liberal Intergovernmentalist Approach“; in: *Journal of Common Market Studies*, Vol. 31, No. 4.
- Offe, C. (1991): „Capitalism by Democratic Design? Democratic theory facing the triple transition in East Central Europe“; in: *Social Research*, Vol. 58, No. 4.
- Pijl, K. van der (1984): *The Making of an Atlantic Ruling Class* (London: Verso).
- Pijl, K. van der (1989): „Ruling Classes, Hegemony, and the State System: Theoretical and Historical Considerations“; in: *International Journal of Political Economy*, Vol. 19, No. 3.
- Pijl, K. van der (1993): „Soviet socialism and passive revolution“; in: S. Gill (ed.): *Gramsci, Historical Materialism and International Relations* (Cambridge: Cambridge University Press).
- Pijl, K. van der (1994): *Transnational Historical Materialism. An Outline*, unveröffentlichtes Manuskript (University of Amsterdam).
- Polanyi, K. (1957): *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time* (Boston: Beacon Press).
- Rhodes, M. (1991): „The Social Dimension of the Single European Market: National versus Transnational Regulation“; in: *European Journal of Political Economy*, Vol. 19, No. 2/3.
- Richardson, K. (1997): „Het Primaat van ‚Concurrentievermogen‘: het Europese Bedrijfsleven en de Intergouvernementele Conferentie van 1996“; in: O. Holman (ed.): *Europese dilemma's aan het einde van de twintigste eeuw. Democratie, Werkgelegenheit, Veiligheit, Immigratie* (Amsterdam: Het Spinhuis).

- Rueschemeyer, D./Stephens, E.H./Stephens, J.D. (1992): *Capitalist Development and Democracy* (Cambridge: Polity Press).
- Solana, J. (1997): „Uitbreiding NAVO belangrijk voor welvaart Europa“; in: *de Volkskrant*, 25. Februar.
- Visser, J./Ebbinghaus, B. (1992): „Making the Most of Diversity? European Integration and Transnational Organisation of Labour“; in: J. Greenwood/ J.R. Grote/K. Ronit (eds.): *Organized Interests and the European Community* (London: Sage).
- Weber, S. (1994): „Origins of the European Bank for Reconstruction and Development“; in: *International Organization*, Vol. 48, No. 1.
- Wolf, M. (1995): „Cooperation or conflict? The European Union in a liberal global economy“; in: *International Affairs*, Vol. 71, No. 2.
- World Bank (1996): *From Plan to Market. World Development Report 1996* (Oxford/Washington: Oxford University Press & World Bank).

FEG Studien

- Nr. 1:** Michael Felder, Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung, (September 1992) UKB 20 DM (vergriffen)
- Nr. 2:** Hans-Jürgen Bieling, Nationalstaat und Migration im "Postfordismus" - Gewerkschaften vor der Zerreißprobe, (September 1993) UKB 25 DM
- Nr. 3:** Eva Lavon, Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA): Weltmarktorientierte Entwicklung gegen die Gewerkschaften?, (Juni 1994) UKB 20 DM
- Nr. 4:** Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe (Hrsg.), Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus, (August 1994) UKB 25 DM
- Nr. 5:** Europäische Integration und politische Regulierung - Aspekte, Dimensionen, Perspektiven. Mit Beiträgen von Bob Jessop, Ingeborg Tömmel, Bernd Röttger, Anja Bultemeier/Frank Deppe, Thorsten Schulten, Nikos Kotzias und Hans-Jürgen Bieling, (April 1995) UKB 25 DM
- Nr. 6:** Robin Jacobitz, Der Niedergang institutionalisierter Kooperation. Die Auswirkungen von Machtveränderungen zwischen den USA, Japan und Deutschland 1945 bis 1990 auf das GATT- und das IWF-Regime, (Juli 1995) UKB 30 DM
- Nr. 7:** Hans-Jürgen Bieling (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich, (November 1995) UKB 40 DM (vergriffen)
- Nr. 8:** Stefan Tidow, Das "Modell Österreich". Korporatistische Regulierung im Umbruch, (November 1996) UKB 25 DM
- Nr. 9:** Kai Michelsen, Die gescheiterte Transformation des "schwedischen Modells", (Februar 1997) UKB 25 DM
- Nr. 10:** Labour Markets and Employment Policy in the European Union. Contributions by Alain Lipietz, Martin Seeleib-Kaiser, Hans-Wolfgang Platzer, Gerda Falkner, Andreas Aust/Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber/Stefan Tidow, Michael Barrat Brown, Frieder Otto Wolf, Joachim Denking, Europäischer Metallgewerkschaftsbund and Nikos Kotzias, (März 1997) UKB 30 DM
- Nr. 11:** Robert W. Cox, Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“, mit einem Vorwort von Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe und Stefan Tidow, (Dezember 1998), UKB 25 DM
- Nr. 12:** Jochen Steinhilber, Die französische Europadebatte der achtziger und neunziger Jahre – Zwischen nationalstaatlicher Konsolidierung und Europäischer Integration, (Dezember 1998), UKB 25 DM

FEG Arbeitspapiere

- Nr. 1:** Frank Deppe, Zur Diskussion über die Entwicklung der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen in der EG unter dem Einfluß des "Binnenmarktes '92". Vorläufige Informationen und Überlegungen, (Februar 1990) UKB 10 DM (vergriffen)

- Nr. 2:** Hans-Ulrich Deppe/Uwe Lehnhardt, Gesundheitswesen zwischen supranationalen Politikstrukturen und einzelstaatlicher Regelungskompetenz. Zu einigen gesundheitspolitischen Aspekten der westeuropäischen Integration, (*Mai 1990*) UKB 6 DM (*vergriffen*)
- Nr. 3:** Peter Imbusch, 1992. Die Folgen der Vollendung des EG-Binnenmarktes für europäische und außereuropäische Migranten, (*Januar 1991*) UKB 7 DM (*vergriffen*)
- Nr. 4:** Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.), Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92, (*März 1991*) UKB 10 DM
- Nr. 5:** Robin Jacobitz, Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, (*August 1991*) UKB 7 DM (*vergriffen*)
- Nr. 6:** Europa im Umbruch - Neue Dimensionen der Politik, (*März 1992*) UKB 12 DM (*vergriffen*)
- Nr. 7:** Hans-Jürgen Bieling, Brita Bock, Frank Deppe, Karen Schönwälder, Migration, Arbeitsmarkt, Regulation - unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes in Hessen, (*Januar 1993*) UKB 15 DM
- Nr. 8:** Michael Felder, Die Problematik europäischer Industriepolitik am Beispiel JESSI, (*Januar 1993*) UKB 13 DM
- Nr. 9:** Frank Deppe/Klaus Peter Weiner, The "1992 Single Market" - National Labour Relations and Trade Unions in Western Europe, (*Marburg/Lahn 1992*)
- Nr. 10:** Frank Deppe/Michael Felder, Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG), (*September 1993*) UKB 15 DM
- Nr. 11:** Ho Geun Lee, Regulationstheoretische Überlegungen zur Krise der EG, (*Januar 1994*) UKB 13 DM (*vergriffen*)
- Nr. 12:** Gudrun Hentges/Karen Schönwälder (Hrsg.), Zukunftsprojekt Europa: Die abgeschottete Union?, (*Januar 1994*) UKB 15 DM (*vergriffen*)
- Nr. 13:** Dorothee Bohle, Europäische Integration und Frauenforschung in Deutschland. Eine kommentierte Literaturübersicht, (*September 1994*) UKB 10 DM (*vergriffen*)
- Nr. 14:** Thorsten Schulten, "European Works Councils" - New Forms of European Labour Relations Regulation?, (*März 1996*) UKB 10 DM
- Nr. 15:** Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe, Bernd Röttger, Weltmarkt, Hegemonie und europäische Integration - Kritische Beiträge zur Theorie der internationalen Beziehungen, (*April 1996*) UKB 15 DM
- Nr. 16:** Dieter Boris, Kristine Hirschhorn, North Atlantic Free Trade Association (NAFTA) - Consequences of Neoliberal Market Strategies for Mexico and Canada, (*August 1996*), UKB 10 DM
- Nr. 17:** Hajo Holst, Das EU-Referendum in Norwegen 1994 – Modernisierung des Wohlfahrtsstaates, Sozialdemokratie und neoliberale Hegemonie, (*September 1998*), UKB 8 DM
- Nr. 18:** Stefan Tidow, Europäische Beschäftigungspolitik. Die Entstehung eines neuen Politikfeldes: Ursachen, Hintergründe und Verlauf des politischen Prozesses (*Oktober 1998*) UKB 15 DM